

Zeitschrift der Vereinigung
der höheren Führungskräfte
der Deutschen Bundespost
30. Jahrgang
April 1994



HEFT 2

FORUM

Berlin lädt ein: Bundesdelegiertentag 1994



In dieser Ausgabe:

VHP-Stellungnahme
zur Postreform II

Manager im
Windkanal

Fernmeldetage
in Dresden



**Wissen Sie, warum
Sie in 25 Jahren
unsere PLUS-RENTE
nötig haben?**

Ihre gesetzliche Rente wird gerade noch 45%
Ihres zuletzt erzielten Bruttogehaltes betragen.

Und dies nach 45 Versicherungsjahren.

Sorgen Sie deshalb vor: Mit der PLUS-RENTE
der VEREINIGTEN POSTVERSICHERUNG.

Effektiv, leistungsstark und sicher!

Eine schnelle Information erhalten Sie unter

0711 / 25 64 - 776

Lindenspürstraße 32
70176 Stuttgart
Telefon: 0711 / 63 72 -01

VEREINIGTE
POSTVERSICHERUNG



INHALT

Zeitschrift der Vereinigung
der höheren Führungskräfte
der Deutschen Bundespost (VHP)

30. Jahrgang, April 1994 · Heft 2

10 ▼ Titel

Norbert Laß
Bundesdelegiertentag 1994
Die Konferenzstadt Berlin stellt sich vor



16 ▼

Programm des
Bundesdelegiertentages 1994

4 ▼

Postreform II:
Die VHP bezieht Stellung

9 ▼

Schlaglicht
Erste Kontakte VHP-VAF auf
bezirklicher Ebene

17 ▼

Susanne Baumgartl
Middle Management Exchange
Ein Erfahrungsbericht über das
Austauschprogramm von Telekom



21 ▼

Werner Hufnagel
»Herausforderung an die Telekom-
munikation«
33. Europäische Fernmeldetage
in Dresden



26 ▼

Dr. Brauns-Packenius
Die Unternehmen der DBP im
Spannungsfeld wirtschaftlicher
Verwerfungen

28 ▼

Dr. Frieder Lauxmann
Manager im Windkanal
Das Weltbild der Personaltester

Impressum

VHP-FORUM
Zeitschrift der Vereinigung der höheren
Führungskräfte der Deutschen Bundespost
(VHP)
Herausgeber: Bundesvorstand der Vereini-
gung der höheren Führungskräfte der Deut-
schen Bundespost (VHP),
Postfach 10 10 40, 70009 Stuttgart.

Redaktion: Klaus Stuchlich (verantwort-
lich), Otto Bohner, Joachim Völz, Andreas
Zimmer.
Anschrift der Redaktion: Postfach 10 10 40,
70009 Stuttgart,
Telefon: Stuchlich (07 11) 100-24 10,
Bohner -23 00, Völz -2010, Zimmer -21 20.
Telefax: (07 11) 100-12 58

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge
geben die persönliche Meinung des Verfasser-
s wieder. Wenn sich diese mit der Mei-
nung des Bundesvorstandes deckt, wird
dies ausdrücklich erwähnt.
Um Zusendung von Manuskripten wird
gebeten.

Verkaufspreis wird durch Mitgliedsbeitrag
abgegolten.

Titelfoto und Fotos S.10-16:
Landesbildstelle Berlin

Druck: W.H.K.-Druck, Hagstraße 2,
74417 Gschwend

Auto- und Reiseclub
Deutschland

ARCD

ARCD
Auto- und Reiseclub
Deutschland
91438 Bad Windsheim
Telefon (09841) 409-0
Fax (09841) 409-64

Schutzbrief
+ Clubservice
ganz ohne Aufpreis
Nur DM 94,- im Jahr

... die
**sympathische
Alternative**

MEHR ALS EIN AUTOCLUB!

Postreform II: Die VHP bezieht Stellung

Der Ausschuß für Post und Telekommunikation des Deutschen Bundestages hat am 7. März dieses Jahres eine öffentliche Anhörung zur Postreform II durchgeführt. Zu dieser Anhörung war auch die VHP geladen. Der Bundesvorstand nutzte die Gelegenheit und bezog zu einer Reihe wichtiger Fragen Stellung. Die Position der VHP ist im folgenden nachzulesen.

Unternehmensrecht

Frage: Welche Vor- und Nachteile hätte es, die Holding nicht als Bundesanstalt des öffentlichen Rechts, sondern als Aktiengesellschaft im hundertprozentigen Bundesbesitz zu gründen?

VHP:

Vorteile:

- Auch die Holding wäre gehalten, wirtschaftlich entsprechend den Bestimmungen des Aktiengesetzes zu handeln.
- Die Einflußmöglichkeiten des Bundes auf die Holding und die Aktiengesellschaften sind nach dem Aktiengesetz klar bestimmt und vorhersehbar (z.B. Ausgleichspflicht bei zu Nachteilen für die AG führender Einflußnahme der Holding nach § 311 AktG)

Nachteile:

- stärkere Verknüpfung der drei Unternehmen miteinander

Frage: Welche Aufgaben könnten der Holding in der einen oder anderen Rechtsform zusätzlich zugewiesen werden, um die Durchsetzung des staatlichen Infrastrukturauftrags gegenüber den DBP-Nachfolgeunternehmen zu gewährleisten, ohne deren Börsenfähigkeit zu gefährden?

VHP: Nach unserer Meinung sollten der Holding keine weiteren Aufgaben zur Durchsetzung des staatlichen Infrastrukturauftrags zugewiesen werden. Weitergehende Eingriffsrechte in die Unternehmenspolitik der Aktiengesell-

schaften wären dem Aktienrecht fremd und würden die Börsenfähigkeit gefährden.

Der staatliche Infrastrukturauftrag ist durch die Regulierung zu gewährleisten, die die Nachfolgeunternehmen der Deutschen Bundespost allerdings in gleicher Weise treffen muß wie deren Wettbewerber, um Wettbewerbsverzerrungen auszuschließen.

Frage: Erfasst die Formulierung von den »aus dem Sondervermögen Deutsche Bundespost hervorgegangene Unternehmen« nach Ihrer Auffassung auch die bereits bestehenden Tochtergesellschaften und Beteiligungen der DBP-Unternehmen?

VHP: Es ist zu vermuten, u. E. jedoch nicht eindeutig. Diese Vermutung ergibt sich aus dem Vergleich der unterschiedlichen Formulierungen des Art. 87f mit Art. 143b und z.B. Postneuordnungsgesetz § 1, Abs 1.

Frage: Halten Sie eine breite Streuung der Aktien der Postunternehmen für wünschenswert und erforderlich, und welche Möglichkeiten bestehen, diese Zielsetzung ggf. zu realisieren?

VHP: Eine breite Streuung der Aktien von Postunternehmen ist u. E. wünschenswert, da sie eine den Interessen des Unternehmens entgegenstehende Übernahme erschweren. Instrumentarien zur Ausgabe von entsprechenden Volksaktien müßten in das geplante Emissionsverfahren implementiert werden.

Frage: Halten Sie es für wünschenswert, den Beschäftigten der Postunternehmen die Möglichkeit einzuräumen, nicht nur Belegschaftsaktien des eigenen Unternehmens, sondern wechselseitig zu erwerben?

VHP: Ja, da dies mit der Entstehungsgeschichte der Unternehmen im Einklang steht, den Gedanken der breiteren Streu-

ung unterstützt und für die Dauer der Existenz der Holding auch praktikabel erscheint.

Frage: Können oder sollen nach Umwandlung der Postunternehmen in Aktiengesellschaften bestimmte Sonderrechte der Aktiengesellschaften, beispielsweise nach dem Telegraphenwegesgesetz, aufrecht erhalten werden?

VHP:

1. Der in Art. 8, Nr. 6 vorgesehene § 16 (Befristung des TWG auf den 31.12.1997) sollte so nicht gültig werden.
2. Eine Befristung wird grundsätzlich nicht für erforderlich gehalten. Nach Aufhebung des Netzmonopols müßten lediglich die bewährten Rechte allen Marktteilnehmern dieses Sektors chancengleich zugestanden werden.
3. Falls eine Befristung – aus welchen Gründen auch immer – nicht zu umgehen ist, sollte sie u. E. an einen Tatbestand der Entmonopolisierung in der EU gekoppelt werden, nicht jedoch an ein fixes Datum.
4. Unsere Ausführungen gelten auch für die ebenfalls vorgesehenen Befristungen des FAG, des PostG und des RegG.

Frage: Ist nach Umwandlung der Postunternehmen in Aktiengesellschaften eher mit mehr oder mit weniger Gründungen von Tochtergesellschaften zu rechnen, und wie bewerten Sie dies?

VHP: Wir rechnen nach Umwandlung der Postunternehmen in Aktiengesellschaften tendenziell mit der Gründung von weniger Tochtergesellschaften. Die höhere Flexibilität der Aktiengesellschaften läßt dies erwarten. Ansonsten wird die Gründung von Tochtergesellschaften wesentlich von der Wettbewerbssituation auf dem Weltmarkt und den strategischen Zielen der Muttergesellschaft bestimmt. Wir bewerten die o.g. Tendenz positiv; Soviel Töchter wie nötig!

Personalrecht

Frage: Sind Sie der Auffassung, daß die Gesetzentwürfe insgesamt nach Änderung des Grundgesetzes verfassungskonform sind (insbesondere bezüglich Art und Umfang der Beileihung der Aktiengesellschaft mit der Dienstherrenbefugnis für Bundesbeamte)?

VHP: Gegen die Verfassungsmäßigkeit der Beileihung mit der Dienstherrenbefugnis bestehen u. E. keine Bedenken, da ein Verstoß gegen Art. 33 GG nicht ersichtlich ist. Letztlich würde Art. 33 GG durch die geplante Änderung des Art. 143b GG abgeändert, wonach die bei der DBP tätigen Bundesbeamten unter Wahrung ihrer Rechtsstellung und der Verantwortung des Dienstherrn bei den privaten Unternehmen beschäftigt werden.

Frage: Ist gewährleistet, daß der Rechts- und Besitzstand der zu übernehmenden Beschäftigten dauerhaft gesichert wird, oder haben Beamte, Angestellte und Arbeiter der bisherigen DBP-Unternehmen bei der Überleitung auf die Aktiengesellschaften oder zu einem späteren Zeitpunkt rechtliche oder faktische Nachteile zu befürchten? Welche Auswirkungen sind für die Beschäftigten des Hoheitsbereichs zu erwarten?

VHP: Nach Auffassung der VHP – der Vereinigung der höheren Führungskräfte bei der Deutschen Bundespost – ist der Rechts- und Besitzstand zwar durch die Überleitungsnormen der § 2 und § 20 des Gesetzentwurfs zum Postpersonalrechtsgesetz (POSTPersRG) zunächst auf Grund der gesetzlichen Gesamtrechtsnachfolge sowohl der beamtenrechtlichen Amtsverhältnisse als auch der Arbeitsverhältnisse der Angestellten und Arbeiter gesichert.

Es werden im § 18 POSTPersRG auch im besonderen die öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnisse und der außertariflichen Angestelltenverhältnisse erwähnt und einer besonderen Überleitungsregelung

zugeführt.

Als Interessenvertretung der höheren Führungskräfte haben wir jedoch die Befürchtung, daß zu einem derzeit noch nicht näher darzulegenden Zeitpunkt zumindest faktische Nachteile dahingehend auftreten können, daß speziell Beamte, die weiterhin Beamte bleiben möchten, entgegen § 5 POSTPersRG, zum Beispiel bei der Vergabe herausgehobener Dienstposten benachteiligt werden, indem vergleichbare Angestellte den Vorzug erhalten. Weiterhin müssen wir davon ausgehen, daß die Stellenobergrenzen im Rahmen der jeweiligen Laufbahnen verändert werden, wodurch mögliche Beförderungsexpektanzen der betroffenen Beamten beeinträchtigt werden können.

Wir halten es daher für sinnvoll, den § 9, Absatz 3 POSTPersRG verbindlicher zu gestalten, da die Formulierung »nach sachgerechter Bewertung« einen zu großen Ermessensspielraum der Postaktiengesellschaften einräumt zu Lasten der betroffenen Beamten.

Frage: Wie bewerten Sie – in rechtlicher und faktischer Hinsicht – die in den Gesetzentwürfen enthaltenen Möglichkeiten für Beamte, in den neuen Aktiengesellschaften tätig zu werden (Verbleib im Beamtenstatus, Beurlaubung, Ausscheiden aus dem Beamtenstatus)?

Welche Vor- und Nachteile hätte die gemäß Art. 4 § 4 Abs. 3 vorgesehene Beurlaubung von Beamten für die betroffenen Mitarbeiter bzw. für die Unternehmen?

VHP: Nach unserer Auffassung stellt diese Beurlaubungsregelung zwar eine interessante Möglichkeit dar, im Rahmen eines ruhenden Beamtenverhältnisses eine Tätigkeit als Angestellter zu übernehmen und nach Ablauf der Beurlaubung wieder in das Beamtenverhältnis zurückzukehren.

Wir halten diese Regelung jedoch nicht für weitreichend genug, insbesondere hinsichtlich der geplanten Dauer der Beurlaubung von maximal 10 Jahren. Diese Frist sollte unseres Erachtens verlängert werden, z. B. mit einer Verlänge-

rungsoption von weiteren 5 Jahren bzw. einer analogen Beurlaubungsregelung, wie sie bereits bei den Post- Spar- und Darlehensvereinen praktiziert wird, d.h. eine Beurlaubungszeit auf die Dauer des Beamtenverhältnisses gerichtet.

Positiv ist die gesetzlich geplante Regelung, daß die Zeit der Beurlaubung als ruhegehaltstfähig anzusehen ist und somit keine beamtenrechtlichen Nachteile im Hinblick auf die zu erwartenden Versorgungsbezüge zu befürchten sind.

Die Höhe der Versorgungsbezüge berechnet sich jedoch nach der jeweiligen Besoldungsstufe vor der Beurlaubung, woraus sich u. U. finanzielle Nachteile ergeben könnten.

Als Nachteile sind für diejenigen Beamten, die sich haben beurlauben lassen, solche anzusehen, daß die Zukunft nach Ablauf dieser Beurlaubungsfrist aus unserer Sicht nicht kalkulierbar ist.

Das bis dato ruhende Beamtenverhältnis lebt zwar wieder auf, doch erwarten wir, daß zu diesem Zeitpunkt die herausgehobenen Stellen jeweils mit Angestellten besetzt sind und somit keine ausreichenden beruflichen Expektanzen für die verbleibenden Beamten mehr bestehen.

Als maßgebender Faktor für die Zeit nach der Beurlaubung ist selbstverständlich auch die wirtschaftliche Situation der jeweiligen Postaktiengesellschaft anzusehen.

Desweiteren besteht im Rahmen der Beurlaubung kein Anspruch des Beamten auf Zahlung von Beihilfe. Daher ist der Beamte, der sich beurlauben lassen möchte, verpflichtet, seinen notwendigen Krankenversicherungsschutz auf eine private Vertragsgrundlage zu stellen, der mit einem finanziellen Mehraufwand verbunden ist.

Frage: Welche Änderungen ergeben sich aufgrund der vorliegenden Gesetzentwürfe für das Personal im Hinblick auf die Altersversorgung?

VHP: Die Beamten in der künftigen Aktiengesellschaft bleiben weiterhin **Bundesbeamte**, das heißt, daß sich ihre An-

Postreform II: Die VHP bezieht Stellung

sprüche auf Versorgung weiterhin gegen den Bund richten. Die Befugnis zur Festsetzung der Versorgungsbezüge, zur Feststellung der Person des Zahlungsempfängers und die Berücksichtigung von Zeiten als ruhegehaltstfähige Dienstzeiten steht nach § 14 I PostPersRG nunmehr dem Vorstand der jeweiligen AG zu (Beleihung), kann aber von Telekom und Postbank auf den Vorstand der Postdienst AG übertragen werden.

Die am 31.03.90 bereits vorhandenen Versorgungsempfänger werden vom Vorstand der Postdienst AG als oberste Dienstbehörde übernommen, die Kosten werden zwischen den drei Aktiengesellschaften geschlüsselt. Seit dem 01.04.90 besteht bereits eine Zuordnung zu den einzelnen Unternehmen.

§ 16 definiert die **Dienstzeit** als »die Tätigkeit als Beamter bei einer Aktiengesellschaft«. Diese Formulierung erscheint etwas unbestimmt, da nicht deutlich wird, daß es sich um eine AG der früheren Postunternehmen handeln muß.

Beamte, die in ein Arbeitsverhältnis bei der AG wechseln (Ausstieg aus dem Beamtenverhältnis), werden nach den Vorschriften der **gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert**. Um hier beurteilen zu können, ob dem Beamten dadurch Nachteile entstehen, müßte eine Vergleichsberechnung erstellt werden. Dies ist nur möglich, wenn im Einzelfall das »neue« Einkommen genau bekannt ist. Wenn dieses hoch genug ist, kann damit einer Verschlechterung in der späteren Versorgung begegnet werden.

Im PostPersRG sind keine Vorschriften über die Frage des Vorruhestandes enthalten.

Änderungen ergeben sich bei **öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnissen (Präs, Vizepräs, GBI)** und eingeschränkt bei außertariflichen Angestellten. Ab Inkrafttreten dieses Gesetzes gilt dieser Personenkreis als **beurlaubt** für die restliche Dauer des Anstellungsverhältnisses. Diese Zeiten sind nach § 4 III ruhegehaltstfähig. Die Dauer des Urlaubs darf **10 Jahre nach Eintragung der AG** nicht überschreiten. Nach Ablauf der Dauer des ursprünglichen Rechtsverhält-

nisses gibt es drei Varianten:

- Übertragung eines anderen Amtes
- Verlängerung der Beurlaubung (10 Jahres Grenze!)
- einstweiliger Ruhestand (Ruhegehalt des früheren Amtes + Zeiten des öff.-rechtl. Amtsverhältnis + Beurlaubung). Eine vertraglich vereinbarte Versorgung geht vor.

Der Bund übernimmt die **Gewährhaftung für die Versorgung**, falls die AG zahlungsunfähig werden sollte. Diese Haftung wird nicht übernommen bei Vertragsverlängerungen, bzw. Neuabschlüssen nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens, da hier der Vertragspartner weiß, daß er als Versorgungsschuldner nicht den Bund sondern ein privates Unternehmen hat (**Ausfallrisiko ist nicht abgedeckt**).

Auf den ersten Blick sind weitere Änderungen nicht erkennbar. Über Unterschiede bei der Höhe der späteren Versorgung, bzw. Rente kann von hier aus keine Aussage getroffen werden.

Frage: Ist bei der gemäß Art. 4 § 17 vorgesehenen Nachversicherung von Beamten, die in ein Arbeitnehmerverhältnis wechseln, auch die Nachversicherung in der VAP gesichert?

VHP: Die Nachversicherung in der VAP scheint uns nach dem jetzt vorliegenden Entwurfstext des Art. 4 § 17 für die darin angesprochenen Beschäftigten der Aktiengesellschaften nicht vorgesehen zu sein. Wir halten aber zur Vermeidung von sozialen Nachteilen dieses Personenkreises in seiner Altersversorgung auch die Nachversicherung in der VAP für notwendig.

Frage: Halten Sie es für zwingend, daß der Bund Schuldner der Besoldungs- und Versorgungsansprüche bleibt, und sind dafür im Rahmen dieses Artikelgesetzes Bestimmungen wünschenswert/ erforderlich, insbesondere wenn sie rechtzeitig vor einem sonst möglichen Konkursfall wirksam werden sollten?

VHP: Nach Art.4 § 2 Abs.3 PostPersRG sind die in den AGen beschäftigten Beamten zwar weiterhin Bundesbeamte, jedoch obliegt die Zahlungs- und **Kostentragungspflicht** der jeweiligen AG. Im Gesetzesentwurf sind weder bei den Regelungen zur Besoldung, noch zur Versorgung weitere Klarstellungen vorgesehen. Unter Berücksichtigung des neu einzufügenden Art. 143b GG, nach dem **der Bund die Kapitalmehrheit nur 5 Jahre lang halten muß**, stellt sich die Frage, was bei Zahlungsunfähigkeit einer AG geschieht.

Aufgrund des Beamtenverhältnisses und den hierzu erstellten Grundsätzen ist es wohl zwingend, daß bei Bundesbeamten (die die Postbeamten ja weiterhin sind) auch der Bund Schuldner der o.g. Ansprüche bleibt. Im derzeitigen Entwurf gibt es keine ausdrückliche Regelung, daß im »Konkursfall« tatsächlich der Bund die Bezüge übernimmt. Lediglich in Art. 4 § 2 Abs.3 S.3 PostPersRG wird folgende Aussage getroffen: »Ihre gegenüber dem Dienstherrn gegebenen Ansprüche richten sich gegen den Bund.« Die Zahlungs- und Kostentragungspflicht obliegt der AG.

Damit klargestellt ist, was in einem möglichen Konkursfall geschieht, wäre eine ausdrückliche Regelung für diesen Fall durchaus sinnvoll und wünschenswert.

Frage: Halten Sie mehr als 20 Einvernehmens- und Benehmensregelungen allein in Art. 4 für unabdingbar, und wie beurteilen Sie dies im Hinblick auf das erklärte Ziel einer »Befreiung von den Fesseln des öffentlichen Dienstrechts«?

VHP: Art. 4 des Entwurfes umfaßt das gesamte Personalrecht, insbesondere die Rechtsverhältnisse der Beamten in der künftigen AG. Daher ist es verständlich, daß gerade in diesem Artikel, welcher einen äußerst sensiblen Bereich betrifft, zahlreiche Einvernehmens- und Benehmensregeln vorgesehen sind.

Von diesen Regelungen halten wir einige jedoch durchaus für abdingbar, andere wiederum sind erforderlich.



Abdingbar wären z.B. die Regelungen in Art. 4 § 3 Abs. IV Ziff.2 und 3 PostPersRG.

Ziffer 2 betrifft die Befugnis des BMPT, auf Vorschlag oder nach Anhörung des AGVorstands durch Rechtsverordnung besondere Arbeitszeitvorschriften und Vorschriften über die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit zu erlassen. Im letzteren Fall ist dies jedoch nur im Einvernehmen mit dem BMI möglich. Das gleiche gilt für spezielle Regelungen zum Sonderurlaub. In beiden Fällen liegt es im dringenden Interesse der AG, die in unternehmerischer Freiheit und nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden soll, darüber zwar gemeinsam mit dem BMPT, aber ohne BMI, zu entscheiden. Da für Änderungen in diesem Bereich ohnehin Rechtsverordnungen erlassen werden müssen und diese nach dem Entwurf nur durch ein Bundesministerium (BMPT) erlassen werden können, wäre diese Regelung u. E. ausreichend. Bei allen drei AGen gibt es typische Besonderheiten, auf die mit den in jeder Verwaltung geltenden Regelungen nicht zufriedenstellend eingegangen werden kann. In den beiden genannten Fällen handelt es sich nicht um »Kernbereiche« des Beamtenverhältnisses, so daß diese mit einem einfachen Gesetz abgedungen werden könnten.

Dies gilt auch für Art. 4 § 10 Abs. I (Regelungen zur Leistungszulage) und Art. 4 § 12 (spezielle Regeln für Reise- und Umzugskosten). Im ersten Fall muß das BMPT Einvernehmen mit dem BMI herstellen, im zweiten Fall der Vorstand mit dem BMPT und dem BMI. Beides umfaßt lediglich Randbereiche des Dienstverhältnisses. Die durch eine Änderung entstehenden Mehrausgaben fallen den AGen zur Last. Die Staatskasse wird davon nicht betroffen. Ebenso ist es zur Wahrung des Betriebsfriedens erforderlich, die Ansprüche der Beamten, z.B. beim Reisekostenrecht, an die wohl großzügigeren Regeln der zukünftigen Arbeitsverhältnisse anzupassen. Dies muß der AG ohne ein Einvernehmen mit dem BMI ermöglicht werden, da sie

ansonsten nur für einen Teil ihrer Belegschaft frei handeln kann, ohne daß hierfür zwingende Gründe erkennbar wären. Daher erscheint es möglich, die vier genannten Einvernehmensregelungen zu streichen.

Frage: Halten Sie es für zwingend/wünschenswert/entbehrlich, daß die bei den AGen tätigen Beamten dem Streikverbot, Disziplinarrecht, der Anordnung von Überzeit ohne Überstundenentlohnung und Zwangsversetzungen und anderen beamtenrechtstypischen Restriktionen unterliegen?

VHP: Artikel 4 § 2 Abs. 3 PostPersRG normiert, daß die in den Aktiengesellschaften beschäftigten Beamten unmittelbare Bundesbeamte sind.

Im Gegensatz zu den Arbeitern und Angestellten bei den Postunternehmen sind die Beamten keine Arbeitnehmer. Sie stehen in einem besonderen Dienst- und Treueverhältnis zu der sie beschäftigenden juristischen Person.

Die Eigenart des öffentlichen Dienstes ist in Art. 33 Abs. 4 und 5 GG geregelt. Verfassungsrechtliche Grundlage des Beamtenverhältnisses ist dabei Art. 33 Abs. 4 GG. So wie z.B. das BRRG und das BBG genaue Formvorschriften für die Berufung in das Beamtenverhältnis aufstellen, ist auch das Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis geregelt. Da normalerweise kein Beamter gezwungen werden kann, aus dem Beamtenverhältnis auszuscheiden und als Arbeitnehmer mit privatrechtlichem Arbeitsvertrag bei den Postunternehmen weiterzuarbeiten, werden die Unternehmen noch viele Jahre mit Beamtenverhältnissen Befassung haben. Dem trägt der Gesetzesentwurf Rechnung.

Das im Sinne von Art. 33 Abs. 5 GG ausgestaltete Beamtentum (»Herbebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums« z.B.: Grundsatz der hauptberuflichen Lebenszeitanstellung, öffentlich rechtliches Dienst- und Treueverhältnis, Leistungsgrundsatz, Neutralitätsgrundsatz, Fehlen eines Streikrechts für Beamte) läßt im Lichte dieser Verfassungsnorm

eine Aufteilung des Beamtenstatus auf die klassische Hoheitsverwaltung einerseits und auf die Postunternehmen andererseits nicht zu. Das Beamtenverhältnis ist zwingend durch Verfassung (grundrechtsähnlicher Anspruch auf Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums Art. 33 Abs. 5 GG) und die Beamtengesetze ausgestaltet.

Ein Verbleiben der Postbeamten im Beamtenverhältnis ohne die Rechte und Pflichten (wie z.B. Streikverbot, Disziplinarrecht, Versetzung u.s.w.) ist unserer Verfassung fremd. Bei realistischer Betrachtungsweise ist die Postreform II nur ein Mosaiksteinchen in der übrigen gesamtstaatlichen Organisation und hat sich den grundgesetzlich zwingenden Normen anzupassen. Postbeamte müssen deshalb auch zukünftig zwingend den beamtenrechtstypischen Restriktionen unterliegen.

Frage: Halten Sie die vorgesehene Einführung einer eigenständigen Gruppe »Beamte« bei der Wahl der betrieblichen Interessenvertretung für sinnvoll bzw. rechtlich geboten?

VHP: Nach unserer Auffassung halten wir die Einführung einer speziellen Gruppe »Beamte« bei der Interessenvertretung im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes für sinnvoll und auch rechtlich geboten, da hierdurch die verfassungsrechtlich garantierten Grundsätze des Berufsbeamtentums gemäß Art. 33 Abs. 5 Grundgesetz in der betrieblichen Praxis im Sinne der betroffenen Beamten besser und wirkungsvoller durchgesetzt werden können. Im Rahmen eines langfristigen Prozesses wird naturgemäß die Anzahl der Beamten der Postaktiengesellschaften zurückgehen. Es wird zu einem späteren Zeitpunkt (wenn die Beamtenzahl stark zurückgegangen ist) zu überlegen sein, ob diese einzuführende »Übergangsregelung« weiterhin sinnvoll ist.

Im Rahmen dieser Übergangslösung sollte jedoch die Gruppe der Beamten in der betrieblichen Interessenvertretung ihre gesetzliche Verankerung haben.

Frage: Wie rechtfertigt sich nach Ihrer Auffassung die vorgesehene Einschränkung der betrieblichen Mitbestimmungsrechte der Beamten (z.B. in Angelegenheiten des § 76 im BPersVG)?

VHP: Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts darf die letzte Entscheidung in Angelegenheiten, die wesentlicher Teil der Regierungsgewalt sind, insbesondere also in Personalangelegenheiten der Beamten (Beamte bleiben unmittelbar Bundesbeamte in den Postunternehmen), und organisatorischen Angelegenheiten mit weitreichenden Auswirkungen auf das Gemeinwesen (z.B. Versorgung des Landes mit Telekommunikationseinrichtungen), nicht generell der Regierungsverantwortung entzogen und auf von Regierung und Parlament unabhängige Stellen übertragen werden. Diese Rechtsprechung des BVerfG wurde für den Geltungsbereich des BPersVG entwickelt, muß aber auch zukünftig für die Beamten im Geltungsbereich des BetrVG gelten, weil die Pflichten und Rechte der Beamten in den Postunternehmen nicht trennbar sind von den Rechten und Pflichten der Beamten in staatlichen Verwaltungen. (Es gibt nur einen Begriff des Beamten, Art. 33 Abs. 4, 5 GG).

Auch zukünftig wird deshalb auf die verfassungsrechtliche Grundlage des Mitbestimmungsgedankens im öffentlichen Dienst (was Beamte betrifft) abzustellen sein.

Als eine solche verfassungsrechtliche Grundlage ist das Demokratieprinzip anzusehen. Es fordert als notwendige demokratische Legitimation eine ununterbrochene Legitimationskette vom Volk zu den mit staatlichen Aufgaben betrauten Organen und Amtswaltern. Die zukünftigen Betriebsräte in den Postunternehmen nehmen die Interessen der Beschäftigten wahr. Insoweit stehen sie außerhalb der für das Demokratieprinzip erforderlichen Legitimationskette. Dies gilt auch für die Einigungsstellen, deren Mitglieder bei ihren Entscheidungen niemandem gegenüber verantwortlich sind.

Eine zweite verfassungsrechtliche Gren-

ze der Mitbestimmung folgt aus dem Grundsatz der Gewaltenteilung und der darin verwurzelten »Verantwortlichkeit der Regierung«. Der Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung darf nicht dazu führen, daß der Regierung Befugnisse entzogen werden, die erforderlich sind, damit sie selbständig und in eigener Verantwortung gegenüber Volk und Parlament ihre »Regierungsfunktion« erfüllen kann.

Welchen Angelegenheiten in diesem Sinne entsprechendes politisches Gewicht zukommt, kann nur von Fall zu Fall beurteilt werden. Das BVerfG hat dies für die personellen Angelegenheiten der Beamten (§ 76 Abs. 1 BPersVG) bejaht (= personelle Angelegenheiten der Beamten als wesentlicher Teil der Regierungsgewalt), so daß in diesem Bereich eine verbindliche Entscheidung durch unabhängige Einigungsstellen gegen das Grundgesetz verstößt.

In Art. 4 § 28 PostPersRG wird diese verfassungsrechtliche Grundlage beachtet, da das BMPT endgültig in Fällen des § 76 Abs. 1 BPersVG entscheidet, wenn der Arbeitgeber der Empfehlung der Einigungsstelle nicht folgt.

▼ Marktentwicklung/Regulierungsfragen

Frage: Welche Entwicklung in rechtlicher, technischer und ökonomischer Hinsicht erwarten Sie bei uns ab 1998 im Post- und Telekommunikationssektor in Deutschland?

VHP: In der weltweiten Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie zeichnen sich kurz- und mittelfristig zwei wesentliche Trends ab; zum einen wachsen die beiden Märkte der professionellen Datenverarbeitung (insbesondere Bürokommunikation) und der geschäftlichen Telekommunikation zusammen. Zum anderen konvergieren die Märkte für elektronische Massenkommunikationsmittel (insbesondere Fernsehen) und der privaten Telekommunikation. Mittel- und langfristig überschneiden sich wie-

derum die technologischen Entwicklungen beider Trends.

Im professionellen Bereich zeigt sich dies z.B. durch das Entstehen von Corporate Networks, im privaten Bereich z.B. durch die Zusammenführung von Fernseh- und Telekommunikationstechnologien (Multimedia).

Die Deutsche Bundespost Telekom muß sich auf diese Entwicklungen einstellen. Sie beteiligt sich am Aufbau Trans-europäischer Netze, die Informations-Highways befinden sich in der Realisierungsphase. Bis 1996 werden bereits 1,2 Millionen Kundenanschlüsse mit multimediafähiger Glasfasertechnologie eingerichtet sein.

Die aufgezeigten technologischen Trends beeinflussen auch die Nachfrage nach neuen Diensten. Derzeit findet eine signifikante Veränderung der Nachfragestruktur im Telekommunikations- und Informationsindustriesektor statt, die ihre Impulse sowohl aus dem zunehmenden Preisverfall der Technik als auch aus der sprunghaftigen Zunahme der Anwenderqualität bezieht. Gleichzeitig werden nicht mehr wie früher Anwendungen über Technologien definiert, sondern die Nachfrager beeinflussen die Technologieentwicklung.

Aufgrund der beschriebenen technischen Trends, durch die Nachfrageentwicklung und durch politisch bedingte Verzerrungen im heutigen Tarifgefüge von Telekom wird sich der Telekommunikationsmarkt jedoch nicht gleichmäßig in Richtung Wettbewerb entwickeln. Vielmehr sind neue Wettbewerbsangebote vor allem in den technisch leicht zu realisierenden und lukrativen Segmenten zu erwarten.

Wir erwarten weitere Wettbewerber im Bereich der Spezialnetze, der Mobilkommunikation im weitesten Sinne und in regional begrenzten Bereichen.

Von Telekom wird indessen der kurzfristige Auf- und Umbau modernster Netze in allen Segmenten erwartet. Planungssicherheit in technischer und rechtlicher Hinsicht muß ihr eingeräumt werden.



Frage: Sind die in den Gesetzentwürfen vorgesehenen Maßnahmen und Regelungen zur Sicherung des Infrastrukturauftrags bis 1998 ausreichend (Festschreibung im Grundgesetz; Übertragung der Monopole auf die Aktiengesellschaften; Festlegung von Regulierungsgrundsätzen; Einrichtung eines Regulierungsrates mit besonderen Kompetenzen)?

VHP: Die in den Gesetzentwürfen vorgesehenen Maßnahmen und Regelungen, insbesondere die Festschreibung im Grundgesetz, sind u. E. grundsätzlich zur Sicherung des Infrastrukturauftrages

ausreichend.

Voraussetzung ist jedoch, daß die rechtlich auf die Aktiengesellschaften übertragenen Monopole nicht durch anderweitige Regelungen (z.B. Änderung von Inhalt oder Umfang der ausschließlichen Rechte, wie nach dem Entwurf des Art. 5 § 1 des Postneuordnungsgesetzes möglich) faktisch ausgehöhlt werden. Derartige Maßnahmen hätten unweigerlich finanzielle Auswirkungen zur Folge, die eine Sicherung des Infrastrukturauftrags gefährden würden. Insofern erscheint die Vorschrift des Art. 5 § 1 Abs. 5 Postneuordnungsgesetz sehr bedenklich, da sie

eine potentielle Bedrohung der Monopole und damit der Sicherung des Infrastrukturauftrages darstellt.

Eine Festlegung von marktorientierten Regulierungsgrundsätzen ist bisher nicht erfolgt. Wir halten die Aufstellung derartiger Grundsätze für sinnvoll.

Bei der Bildung des Regulierungsrates erscheint es vorteilhafter, ein weniger mitgliederstarkes Gremium mit den entsprechenden Aufgaben zu betrauen, da sich in der Praxis vielfach zeigt, daß die gemeinsame Linie in einem größeren Kreis schwerer und damit auch nur mit zeitlichen Verzögerungen erzielen läßt.



Schlaglicht

Erste Kontakte VHP-VAF auf bezirklicher Ebene



Ende 1993 fand in München eine erste gemeinsame Veranstaltung des Verbandes Angestellter Führungskräfte VAF, Bezirk Bayern Süd, und des VHP-Bezirksvereins München statt.

Die Anregung dazu gab der VAF-Landesvorsitzende Bayern Süd, Dr.-Ing. Hans Georg Enke.

Thema der Veranstaltung im Siemens-Informationszentrum war: »Moderne Kommunikationsmittel mit Schwerpunkt Datenübertragung«.

Dr. Enke eröffnete, indem er Sinn und Zweck der Veranstaltung deutlich machte und eine »Einführung in die Datenüber-

tragung« gab. Darauf sprach Dipl.-Ing. Guntram Kraus über »Neue Datenkommunikationsdienste bei Telekom«.

Dipl.-Ing. Greil von der Siemens AG demonstrierte danach sehr anschaulich moderne Kommunikation über das ISDN, quasi ISDN zum Anfassen. Man konnte sich von der bestechenden Faxqualität überzeugen oder eine Musikübertragung in CD-Qualität hören. Letzteres wird ja schon von verschiedenen Rundfunkanstalten genutzt. Zum Abschluß gab es dank ISDN-Videokonferenz einen Blick in ein Büro jenseits des Atlantiks und ein Gespräch mit einer Mitarbeiterin der Firma Picturatel in den USA. Das Bild zeigt die Videokonferenz-Teilnehmer Greil, Dr. Enke und Kraus (v.l.n.r.).

Etwa 60 Mitglieder beider Verbände nahmen an zwei Abenden an dieser Informationsveranstaltung teil. Wenn auch die technische Information bei dieser Begegnung mehr im Vordergrund stand, so gab sich dennoch Gelegenheit zum Kontakt und Erfahrungsaustausch. Es ist zu wünschen, diese Treffen fortzusetzen, um künftig auch berufspolitische Themen zu erörtern.

Bundesdelegiertentag 1994

Die Konferenzstadt Berlin stellt sich vor

Norbert Laß, Postamt Berlin 41

Als Berlin im Jahre 1987 seinen 750. Geburtstag glanzvoll feierte, war es noch - wie Deutschland überhaupt - schmerzlich geteilt, der Westteil eingemauert, die Menschen hier an Teilung und Bewegungseinschränkung schicksalhaft gewöhnt. Im Jahre 1989 sorgte dann der Fall der Mauer geradezu atemberaubend für Freudentaumel und Begeisterung, wie sie in keiner anderen deutschen Stadt spürbar wurde. Seitdem herrscht herausfordernde Aufbruchstimmung, Betriebsamkeit in hohem Maße, was das ohnehin hektische Leben in dieser Großstadt noch verstärkt. Der Hauptstadtbeschuß beflügelte Planungen und Taten, beschleunigte insbesondere wirtschaftsstrukturelle Veränderungen: Der Wandel von der industriebetonten Stadt Berlin zur Dienstleistungs- und Verwaltungsmetropole vollzieht sich zusehends. Der sogenannte brandenburgische Speckgürtel um Berlin herum profiliert sich langsam als die Industrie- und Gewerbeaufnahmeregion, wie es sich im übrigen allgemein häufig in Großstädten, insbesondere mit Regierungs- und Parlamentsfunktion, in aller Welt beobachten läßt. Natürlich wird in der Metropole viel gestritten um Konzepte, das Wiedererstehen historischer Bezüge und Zeugnisse Preußens, um geeignete Unterbringungsmöglichkeiten in Umoder Neubauten für Bundesregierung und Parlament. Dem Zwist zwischen Bonn und Berlin soll hier nicht das Wort geredet werden, aber zweifelsohne beherrscht dieses Thema immer wieder die Verwaltungstuben und Medienschlagzeilen.

Haben Sie Lust bekommen, von diesem neuen Flair, aber auch dem Alten, Bewahrenswerten und Wiederzuerweckenden in Berlin etwas vermittelt zu bekommen? Wollen Sie die verschiedenen sich zum Teil verändernden Gesichter Berlins kennenlernen? Ich glaube, es lohnt sich! Sie, die Sie die Kongreßstadt besuchen, in der vom 09. bis 11. Mai 1994 der 40. Delegiertentag der Vereinigung der höheren Führungskräfte der DBP stattfindet, soll-



Unter den Linden

ten die sich aufhellenden neuen Gesichtszüge der sich rüstenden Hauptstadt, aber auch die liebevollen Falten des alten Gesichtes zu ergründen versuchen. Für alle übrigen, die nicht in die Hauptstadt kommen, soll die Gesichterbeschreibung ein bißchen Appetit machen, vielleicht einmal die Stadt neu kennenzulernen oder alte Eindrücke zu reflektieren.

Die zehn Gesichter Berlins

Zunächst ein paar allgemeine Konturen:

- Berlin, die Hauptstadt,
- dehnt sich auf 889 km² aus (davon 155 km² Wald - und 57 km² Wasserfläche)
 - beherbergt 3,4 Mio. Einwohner innerhalb der Stadtgrenzen in 23 Stadtbezirken (zum Vergleich: im Land Brandenburg wohnen 2,6 Mio. Einwohner)
 - hat rund 260 000 Ausländer aus mehr als 150 Nationen, darunter weit über 100 000 Türken
 - mißt in Ost-West-Richtung 45 km und 38 km in Nord-Süd-Richtung
 - verfügt über drei Opernhäuser, 53 Theater und mehr als 100 Kinos
 - verwöhnt seine Bürger und Besucher

in über 6 000 Kneipen und Restaurants.

Das historische Gesicht

Die Geschichte Berlins – kurzgefaßt:

- 1237 Erste urkundliche Erwähnung der Gemeinde Berlin
- 1415 Der Nürnberger Burggraf Friedrich IV. wird als erster Hohenzoller Kurfürst der Mark Brandenburg.
- 1685 Durch das Potsdamer Edikt ermöglicht der Große Kurfürst verfolgten Hugenotten und anderen Glaubensflüchtlingen die Ansiedlung in der Mark Brandenburg und in Berlin.
- 1701 Die fünf bisher selbständigen Residenzstädte Berlin, Kölln, Friedrichswerder, Dorotheenstadt und Friedrichstadt werden durch königlichen Erlaß zur Gesamtgemeinde Berlin vereinigt. Die neue Stadt hat rund 57 000 Einwohner.
- 1740-1786 Unter Friedrich II. (dem Großen) wird Berlin zum Zentrum



- der Aufklärung und Preußen zu einer politischen und militärischen Großmacht in Europa.
- 1808 Nach napoleonischer Besetzung erhält Berlin mit der Stein'schen Städteordnung weitgehende Selbstverwaltungsrechte.
- 1809 werden die erste Stadtverordnetenversammlung und der erste Oberbürgermeister gewählt. Die Stadt hat rund 150 000 Einwohner.
- 1871 Nach dem militärischen Sieg über Frankreich wird Berlin Hauptstadt des in Versailles gegründeten Zweiten Deutschen Reiches unter Führung Preußens.
- 1871-1900 Der wirtschaftliche Boom der Gründerzeit und die Sogwirkung der Reichshauptstadt führen zur Bevölkerungsexplosion. Um die Jahrhundertwende leben in Berlin und seinen Vororten rund 2,5 Mio. Menschen.
- 1918 Kaiser Wilhelm II. dankt ab. Vom Balkon des Reichstags Berlin ruft der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann die »Deutsche Republik« aus. Berlin wird Hauptstadt der Weimarer Republik.
- 1920 Das Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin wird erlassen: Groß-Berlin entsteht, eingeteilt in zwanzig Bezirke mit fast 4 Mio. Einwohnern.
- 1933 Adolf Hitler wird Reichskanzler; Berlin wird zum Machtzentrum der Nazi-Diktatur, aber auch zum Mittelpunkt des Widerstands gegen die nationalsozialistische Barbarei.
- 1939-1945 Mehr als 50 000 Tote, 620 000 zerstörte Wohnungen, 30 km² Ruinenfelder und rund 80 Mio. m³ Trümmerschutt bleiben Berlin als Bilanz des II. Weltkriegs. Die Einwohnerzahl ist von 4,3 auf 2,8 Mio. gesunken.
- 11.7.1945 Das »besondere Gebiet« Berlin wird in Besatzungs-Sektoren eingeteilt und von den vier Siegermächten UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich durch die Alliierte Kommandantur gemeinsam verwaltet.
- 26.6.1948-12.5.1949 Blockade der Land- und Wasserwege über die West-Sektoren Berlins. Elf Monate wird die Stadt allein über die »Luftbrücke« der westlichen Alliierten versorgt.
- 17.6.1953 Der Unmut der DDR-Bevölkerung über ihre wirtschaftliche und politische Lage entlädt sich in einem Arbeiteraufstand, der ausgehend von Ost-Berlin die gesamte DDR ergreift.
- 27.11.1958 Die Sowjetunion fordert die Westmächte ultimativ auf, innerhalb von sechs Monaten West-Berlin zu verlassen und es in eine entmilitarisierte »Freie Stadt Westberlin« umzuwandeln (Chruschtschow-Ultimatum).
- 13.8.1961 Der Bau der Mauer stoppt den Flüchtlingsstrom und verwehrt den West-Berlinern nach dem Zugang zur DDR auch den Zutritt nach Ost-Berlin.
- 17.12.63 Ein Passierscheinabkommen ermöglicht den West-Berlinern erstmals seit dem Mauerbau über Weihnachten und Neujahr wieder Besuche im Ostteil der Stadt. Weitere Abkommen folgen 1964, 1965 und 1966.
- 3.9.1971 Das Vier-Mächte-Abkommen wird im Gebäude des Alliierten Kontrollrats in West-Berlin unterzeichnet. Es tritt gemeinsam mit seinen Folgeabkommen zum Transitverkehr sowie den Reise- und Transitverkehr sowie den Reise- und Besuchsmöglichkeiten am 3.6.1972 in Kraft.
- 9.11.1989 Nach Botschaftsbesetzungen in Warschau und Prag, Massenfluchten über Ungarn und die Tschechoslowakei, Großdemonstrationen und Rücktritt der Parteiführung öffnet die DDR in den Abendstunden überraschend die Übergänge zu West-Berlin und zur Bundesrepublik Deutschland. Berlin wird zum Schauplatz eines einmaligen Fests der Freude und des Wiedersehens.
- 3.10.1990 Um 0 Uhr tritt die DDR der Bundesrepublik Deutschland bei. Unter Anwesenheit des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers wird vor dem Reichstagsgebäude zu den Klängen der Nationalhymne die Bundesfahne gehißt. In der Philharmonie wird das Ereignis mit einem offiziellen Staatsakt gewürdigt. Zwischen Reichstag und Alexanderplatz feiern mehr als eine Million Menschen aus Ost und West das »Fest der Einheit«.
- Das Historische zu bewahren und wiederzubeleben, drückt sich naturgemäß in seinen Kulturdenkmälern aus. Was im westlichen Teil Berlins bereits weitgehend vollendet ist und Touristen aus aller Welt immer wieder anlockt - sei es z. B. das Schloß Charlottenburg, der Funkturm auf dem Messegelände oder das 1936 fertiggestellte Olympiastadion -, das muß im östlichen Teil noch vollzogen werden. Die Machthaber der ehemaligen DDR haben in ihrer »Hauptstadt« die deutsche Geschichte gebeugt, für ihre propagandistischen politischen Zwecke umgeschrieben und dabei in vielen Fällen nicht wiedergutzumachende Schäden angerichtet: So wurde das in seinen ältesten Bauteilen aus der Mitte des 15. Jh. stammende Berliner Stadtschloß 1950/51 aus ideologischen Gründen - trotz heftiger Proteste aus aller Welt - gesprengt und vollkommen abgetragen. An seinem Standort befindet sich der Marx-Engels-Platz mit dem Palast der Republik, der als »Asbest-Leiche« abgerissen oder saniert werden soll. Im Jahre 1993 hat Wilhelm von Boddien als Promoter des Stadtschloß-Wiederaufbaus von sich reden gemacht. Mit einer eindrucksvollen Stoff-Fassade ließ er die Außenhaut des Schlosses an historischem Platz wiedererstehen und mit einer interessanten Ausstellung hinter dieser Haut die Diskussion um den Wiederaufbau entfachen. Tatsächlich konnte

Bundesdelegiertentag 1994

Die Konferenzstadt Berlin stellt sich vor

diese Stoffillusion einen Meinungsumschwung dergestalt bewirken, daß der Errichtung einer repräsentativen Außenhaut des Berliner Stadtschlusses gegenüber einem vollkommenen Neuaufbau in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion große Chancen eingeräumt werden. Im April dieses Jahres können - und das ist ein kurioser vorläufiger Schlußpunkt um ein historisches Denkmal - Interessierte Stoffteile käuflich erwerben. Daneben soll eine neue Ausstellung über die Zukunft des Gebäudes die Meinungsbildung wachhalten.

Die sehenswerten Museen auf der Museumsinsel im Bezirk Mitte im östlichen Teil Berlins konnten zu Zeiten der ehemaligen DDR nur mit Mühen und unter großen finanziellen Kraftanstrengungen für die Ost-Berlin besuchenden Touristen vorzeigbar gehalten werden. Hier muß heute und in Zukunft eine Menge getan werden, um allein den Bauzustand zu stabilisieren und zu verbessern. Pünktlich zur 750Jahr-Feier der Stadt hat die damalige DDR-Regierung für 260 Mio. DDR-Mark das Nikolai-Viertel im alten Berlin wieder herausgeputzt. Auch heute ist dieses hübsche Eckchen, das als Wiege Berlins bezeichnet wird, Anziehungspunkt vieler Besucher. Gemütliche Kneipen und Läden mit Angeboten hochstehender handwerklicher Kunst finden ihre Liebhaber.

Der mimische Gesichtszug

Vom historischen Berlin zum kulturellen Geschehen der Hauptstadt gibt es - wie allerorten - schlüssige Verbindungslinien. Ob Bretter oder Brettel - das Kulturleben pulsiert seit Jahrhunderten: Oper und Theater haben eine lange Tradition und sind weit über die Stadtgrenzen hinaus berühmt geworden. Aber auch neuere Kunst- und Darstellungsformen, wie Musical, Kabarett, Off-Theater, Kinos usw. sind in der Stadt fest etabliert und haben ein breites Publikum. Toleranz und Neugier waren schon immer die Antriebskräfte der Berliner, sich breitbandig den verschiedenen Kulturformen zu widmen. Selbst vernichtende Kritiken von Kulturexperten können den Berliner nicht davon abhalten, sich sein eigenes Urteil zu bilden.

Berlins Kulturlandschaft ist von kaum zu überbietender Vielfalt. Drei Opernhäuser, 53 Theater und mehr als 100 Kinos bieten täglich ein Programm, das auch dem ausgesuchtesten Geschmack gerecht wird. Es gibt 17 Orchester, 150 Kammermusik-Ensembles, 200 Chöre sowie rund 1 300 Jazz- und Rockgruppen in der Stadt. An 18 Hochschulen studieren 132 000 Studenten aller Fachrichtungen, in 300 Bibliotheken stehen

7 Mio. Bücher bereit. Zwei Tierparks, zwei Planetarien, zwei Sternwarten, zehn Schlösser und Gärten, 170 Museen und Sammlungen sowie zahlreiche Einrichtungen der Volksbildung, von den Musikschulen bis zur Urania - vervollständigen das Angebot.

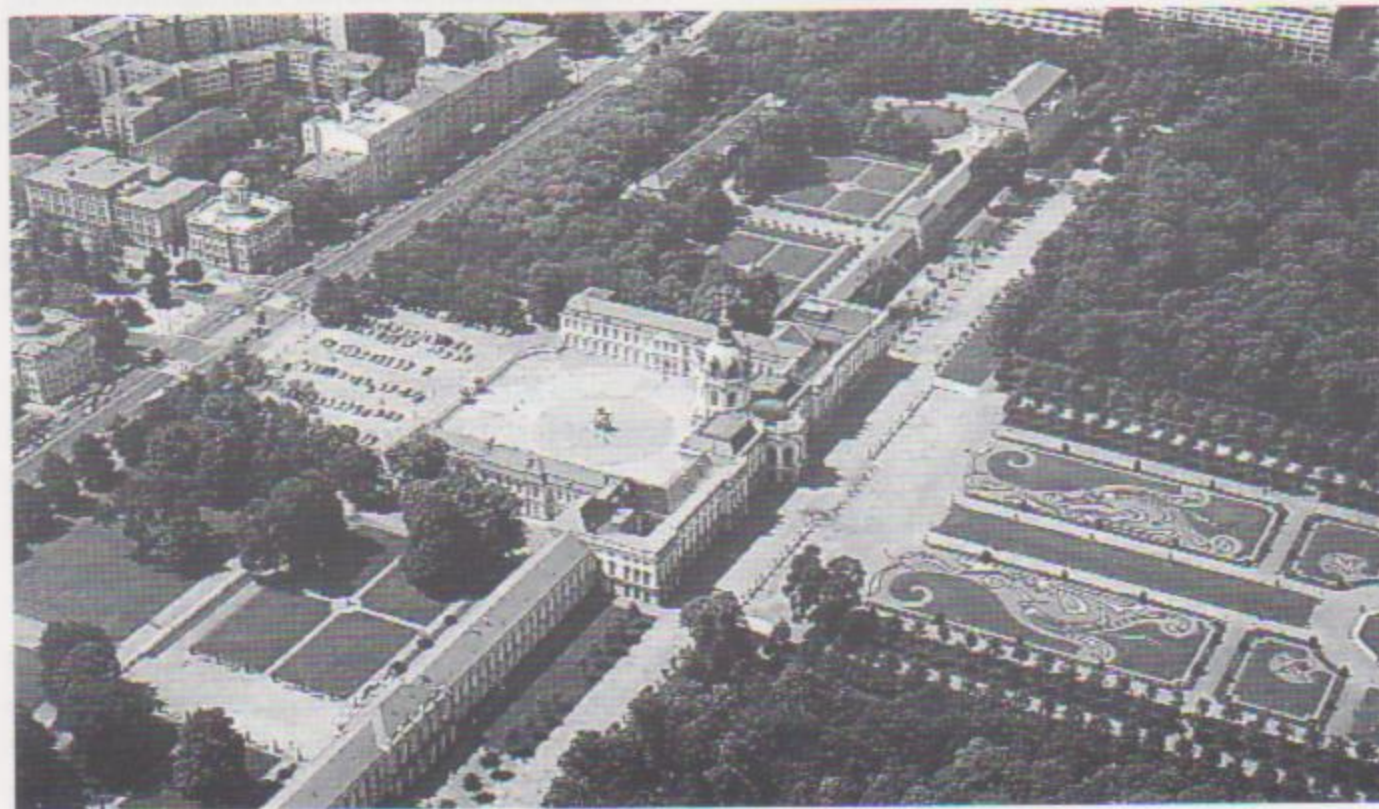
Nach dieser mehr zahlenmäßigen Beschreibung seien einige Kulturtempel beispielhaft hervorgehoben.

An der Deutschen Oper im Bezirk Charlottenburg gibt es glanzvolle Premieren, häufig mit Sängerstars aus der internationalen Opernszene, und ein großes Repertoire; um die 30 verschiedene Aufführungen kann man sofort »ansetzen«, weitere 40 nach wenigen Wiederaufnahmeprobe. Das ganze klassische Repertoire ist vorhanden, und manche Inszenierungen haben sich als so haltbar erwiesen, daß man sie noch nach Jahren wieder hervorzaubern kann.

Da kann die Staatsoper Unter den Linden derzeit nicht mithalten; zu lange war sie abgeschnitten vom internationalen Opernbetrieb, mühte sich redlich. Daniel Barenboim, der neue Leiter der Staatsoper, den die Berliner als Dirigenten lieben, hat große Pläne - er wird alles daransetzen, sie auch zu verwirklichen, damit das schöne klassizistische Haus wieder zu einer ersten Adresse unter den europäischen Opernhäusern wird; die Konkurrenz der beiden »großen Häuser« wird in den nächsten Jahren die Opernszene bestimmen.

Die Komische Oper, deren Leiter Harry Kupfer auch die meisten Inszenierungen beigesteuert hat, wird vor allem die erfreuen, die Arien und Rezitative lieber deutsch gesungen hören. Es gibt reizvolle Aufführungen, die die Tradition Walter Felsensteins eines realistischen Musiktheaters fortführen. Die Komische Oper hat einen eigenen Stil, den man sonst nirgendwo findet.

Im Theater des Westens an der Kantstraße in Charlottenburg macht Helmut Baumann schmissiges Musical. Für »echte« Operetten ist eher das Metropoltheater in der Friedrichstraße zuständig. Die Ost-Berliner haben es geliebt, solange sie noch Ost-Berliner waren, inzwischen haben sie aus dem Westen



Schloß Charlottenburg

Gesellschaft bekommen. Die Aufführungen am Deutschen Theater erzählen gern vom Glanz und Elend der bürgerlichen Gesellschaft und davon, wie sie sich bildete, gesehen mit den Augen der Klassiker: so sind Kleists »Der zerbrochene Krug« und sein »Käthchen von Heilbronn« (beide vom neuen Intendanten Thomas Langhoff inszeniert) mustergültige Arbeiten. Ein besonderes Problem ist das Berliner Ensemble, die Brecht-Bühne am Schiffbauerdamm. Keine der Inszenierungen des Dramatikers, die dort das Rückgrat des Spielplans bilden, stammt wirklich noch vom Meister des epischen Theaters. Manche sind peinlich getreue und schwächliche Kopien der Arbeiten aus den 50er Jahren, die neueren nach demselben Strickmuster angefertigt, die Schauspieler erstarrt in längst museal gewordenen Spielweisen und Posen. Und doch gehen vor allem Leute aus dem Westen gern dort hin, weil sie wähnen, hier werde Brecht original gegeben. Es wird die neuen Hausherrn, ein Kollektiv aus fünf Regisseuren, viel Arbeit kosten, diesem womöglich schönsten Theater der Stadt mit seinen Ranglogen und seinem großbürgerlichen Ambiente eine neue Perspektive zu geben.

Und nun noch ein Blick auf die Museen in dieser Stadt.

Seit der Deutschen Einigung wächst in Berlin eine einzigartige Museumslandschaft zusammen. West- und Ost-Museumsstätten integrieren ihre Schätze nach neuen Ordnungsgesichtspunkten. Die Pläne dafür liegen schon auf dem Tisch. Sobald - mit viel Geld des Steuerzahlers - im Ostteil der Stadt insbesondere die Bauten der Museumsinsel zwischen den Spreearmen so saniert und hergerichtet sind, daß die Objekte in geschichtswürdigem Rahmen präsentiert, besichtigt und erlebt werden können, sollen die Ordnungspläne Wirklichkeit werden.

Aus der Fülle der vereinigten Welt der

Kunst sollen dem Leser einige der bedeutendsten Ausstellungsstücke vorgestellt werden:

Das im Grunewald gelegene Brücke-Museum versammelt die Werke der expressionistischen Künstlergruppe, z. B. Ernst-Ludwig Kirchner. Schon in der Antike wurde er als Weltwunder gefeiert: Der Pergamon-Altar. Seine Rekonstruktion von 1902 im Pergamon-Museum ist noch heute eine überwältigende Attraktion. Den geballten Klangkörper eines 28köpfigen Salonorchesters ersetzt das Orchestrion im Märkischen Museum. Bis 1962 machte es noch in Berliner Kneipen-Stimmung. Auch wenn inzwischen bezweifelt wird, ob der »Mann mit dem Goldhelm« von Meister Rembrandt gemalt wurde, zählt er doch zu den Höhepunkten der Dahlemer Gemäldegalerie. Entdeckungsreisen durch die großen Kulturen der Welt kann man im Museum für Völkerkunde in Dahlem machen. Auf den dort gezeigten Booten dürfen sogar Kinder herumklettern. Königin Nofretete, die elegante Schönheit des 14. Jh. v. Chr. vom Nil soll wieder ihren Standort auf der Museumsinsel einnehmen. Noch residiert sie neben ihrem Gemahl Echnaton im Ägyptischen Museum in Charlottenburg. Im Neuen Flügel des Charlottenburger Schlosses sind die Romantiker unter sich. Hier hängt ein Teil der Bestände der Nationalgalerie aus dem 19. Jahrhundert, darunter die Bilder des größten Romantikers, Caspar David Friedrich.

Zu den etwas kuriosen Spielarten der musealen Tempellandschaft gehören z. B. das Friseurmuseum oder das Zuckermuseum.

Von der starken Attraktivität eines Museums soll am Schluß dieses Abschnitts die Rede sein: Das Museum für Verkehr und Technik. Es steht voll mit Oldtimern, Superloks und High-Tech aus allen Epochen. Mögen manche Prachtstücke auch nur antiquarischen Wert haben, zum alten Eisen gehören sie noch lange nicht. Technik-Freaks, Nostalgiker, kleine und große Fans zieht es in Scharen in dieses Museum. Die von



Schloß auf der Pfaueninsel in Zehlendorf

dem Berliner Konrad Zuse entwickelte Maschine, die als erster funktionfähiger Computer gilt, ist genauso zu besichtigen wie alte Buchdruckhandpressen oder Trümmerbahnen.

Das Postmuseum in der Leipziger Straße im Bezirk Mitte wird zur Zeit mit großem Aufwand wiederhergerichtet und soll erst in ein paar Jahren seine historischen Pforten öffnen.

Das grüne Gesicht

»Halte dir an die Natur, ... sie allein beflücht dir nur«, philosophiert der Berliner. Und an Natur gibt es zwischen Tegeler See, Wannsee und Müggelsee reichlich: ein Paradies, das fröhlich am Wasser gebaut hat. Rundfahrten führen über eine der reizvollsten Seenlandschaften, über Ober- und Unterhavel, Heiligensee, Dahme, über den Landwehrkanal und über die Spree, die die Stadt in immer wieder reizvollen Wasserlinien durchzieht. Ein Blick auf die die Stadt Berlin umgebenden Land- und Wasserstriche mit seinem schier unerschöpflichen Vorrat an Seen und Wäl-

dem läßt erahnen, was die Berliner vor dem Mauerfall, als die touristische Reise in das Umland oder der Verwandtenbesuch an Bürokratie und Eintrittsgeld gebunden war und dabei jegliche Spontanität erstickt wurde, schmerzlich missen mußten. Dafür ist jetzt der Drang »nach draußen« um so unbändiger. Das Schloß Sanssouci in Potsdam mit 290 Hektar Augen-Weide, die Märkische Schweiz, die Luchlandschaften mit ihren Storchenparadiesen, die ansehnlichen Klöster, all das drückt in hohem Maße den neuen Freizeitwert aus.

Das heitere Gesicht

So frech sie oft tönt, die Berliner Schnauze, so sensibel ist sie doch: Was auch immer dieser Stadt widerfuhr, stets fand der Berliner das richtige Wort zur rechten Zeit. Mal laut, mal leise. Von treffenden Spitznamen - die Kongreßhalle heißt »Schwangere Auster«, die neue Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche nennt der Berliner respektlos »Puderdose und Lippenstift« - bis hin zu Verballhornungen und plattgemachten Wortschöpfungen - meist aus der französischen Sprache entlehnt -, wie Deez-Kopp (Deez = tête), Budike (Boutique) oder Fetz (= Spaß, Vergnügen, aus Fête abgeleitet).

Auch sprachliches Umlernen ist angesagt. Mit den in der Zeit des Eingemauertseins geprägten Worten »die da drüben« ist es jetzt vorbei.

»Da drüben is' nicht mehr - das mußte jetzt üben«, sagt der Berliner Schauspieler Günter Pfitzmann.

Sprache spiegelt auch Lebensart wider. Und diese umfänglich zu beschreiben - wenn es denn überhaupt möglich ist - hieße viele Zeilen zu füllen. Greifen wir deshalb nur einige Facetten auf.

Wenn der Berliner nach Hause geht, dann meint er oft nicht das, was Sie, liebe Leser, jetzt denken, sondern er steuert vielmehr seine Kneipe an. Ungefähr 6 000 davon soll es geben, praktisch an jeder Ecke. Die richtige Destille bietet Schwärmern den nötigen sozialen Halt. Die Budike ist schlicht Treffpunkt

Gleichgesinnter, Börse und Beichtstuhl zugleich. Ob schick oder schäbig, ob bürgerlich oder autonom, in ihrer Kneipe fühlen sich viele Berliner wohl, bei Bier und Buletten, beim Mollen-Stemmen und Meinungsmachen. Dann ist es eben »dufte«.

Und am Sonntag geht's auf die Rennbahn, auf die Galopprennbahn Hoppegarten - wieder groß im Kommen - oder auf die im westlichen Teil Berlins gelegene Trabrennbahn Mariendorf. Geht es um Roß und Reize, ist der Berliner mittenmang.

Und noch eine Leidenschaft: das Wurst-Prinzip. Der Berliner kennt und liebt seine Currywurstbude. Davon gibt es ganz berühmte, auf die Taxifahrer auf Nachfrage gern auch mal einen Besucher hinweisen. Es wird erzählt, daß Präsident Bush und Richard von Weizsäcker sich davonstahlen, um heimlich am Imbiß eine Currywurst zu verdrücken. Was den Ruf der verschiedenen Currywurst-Produzenten ausmacht, ist das beigegebene Ketchup. Der Imbiß-Chef, der etwas auf sich hält, mixt seine Soßen selbst. Reichlich Tomaten müssen es schon sein.

Und dann ist da noch die Leidenschaft Sport.

Das sportliche Gesicht

Egal, ob aktiv oder passiv, der Berliner ist sportbegeistert. Viele ertüchtigen sich im Verein, joggen durch Parks und Wälder und über Straßen. Eine ganze Menge mit dem ehrgeizigen Ziel, am berühmten Marathon-Lauf unter 26 000 alljährlich Startenden vom Charlottenburger Tor durchs Brandenburger Tor am Alex vorbei über den Potsdamer Platz und zum Zieleinlauf am Kurfürstendamm dabei zu sein.

Daß seine Hertha nicht mehr Bundespitze im bezahlten Fußball ist, das macht so manchen Berliner Fan maulig. Seine Augen werden ganz gläsern, wenn er an die guten alten Zeiten zurückdenkt. Viele trösten sich inzwischen als Passiv-

sportler mit anderen Sportarten, die Meisterliches bieten: die Wasserballer von Spandau 04 beispielsweise liefern beste Kost oder die Basketballer und nicht zu vergessen die Eiskockey-Cracks von Preußen Berlin. Hier in den Stadien sind die Berliner Zuschauer begeisterungsfähig und stärken ihrer Mannschaft vehement und lautstark den Rücken. Die Leichtathletikliebhaber kommen beim alljährlichen ISTAF im Olympiastadion zu ihrem Recht, einer über Berlin hinaus attraktiven Sportveranstaltung, die für eine Weltklasseleistung immer gut ist.

Und nun schauen wir in

Das multikulturelle Gesicht Berlins

Selbstbewußtsein gehört heute längst zu den Attributen der 260 000 Ausländer aus rund 150 Nationen in Berlin, von denen die Türken mit über 115 000 den Hauptanteil stellen. Sie leben in Moabit und Wedding und vor allem in Kreuzberg, einem Bezirk, der bis zum Mauerfall schmelztiegelgleich so manchen Krawall erlebt hat und als Hort der Unruhe galt. Heute gehört Kreuzberg zur Mitte Berlins und muß sich - ob es will oder nicht - dem Strukturwandel stellen. Das wird auch das Leben der hier wohnenden Ausländer verändern. Die Berliner haben sich mit ihren ausländischen Mitbewohnern nicht nur arrangiert, sondern haben auch zu einem meist harmonischen, gleichberechtigten Zusammenleben gefunden.

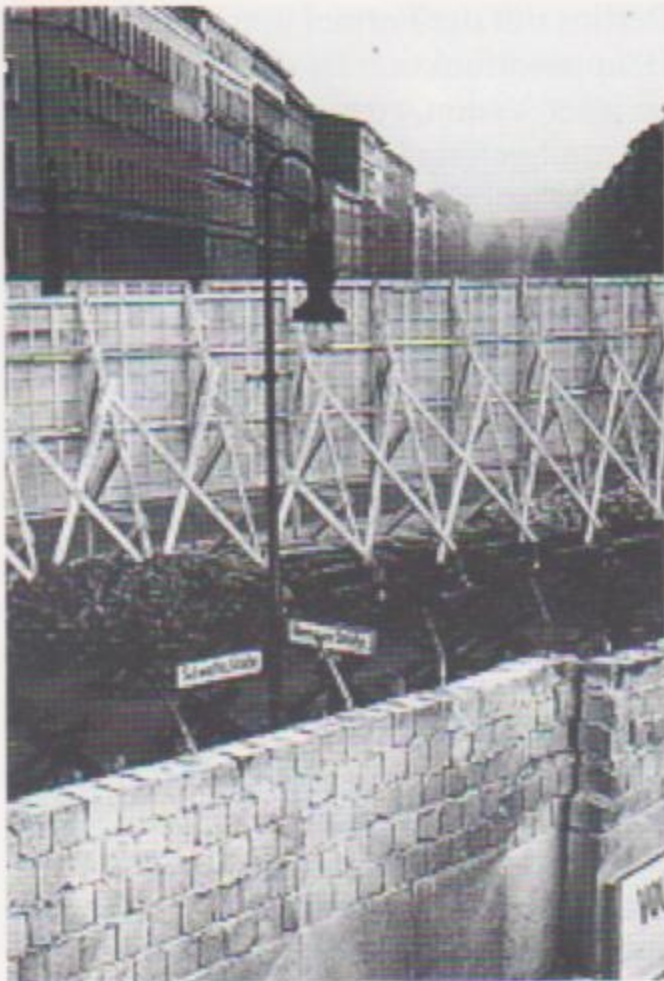
Die kulinarischen Schätze des Orients auf Märkten, in Läden und Restaurants sind im übrigen überaus begehrt.

Das steinerne Gesicht

Sie ahnen gewiß, wofür diese Überschrift steht: Die Mauer, die vor ihrem Fall über Jahrzehnte Inbegriff der deutschen Teilung war und am Besichtigungstourismus Berlins einen ganz entscheidenden Anteil hatte. Dieses

Middle Management Exchange

Ein Erfahrungsbericht über das Austauschprogramm von Telekom



Ehemalige Grenze nach Ost-Berlin, Bezirk Mitte

beklemmende Bauwerk, von den DDR-Verantwortlichen rechtfertigend »antifaschistischer Schutzwall« genannt, steht gottlob nicht mehr. Die Mauer wurde am bewegenden Tag der Öffnung im November 1989 zum Pilgerort und in unmittelbarer Nähe des Brandenburger Tors regelrecht gestürmt. Uns allen sind noch die beeindruckenden, ungehemmte Freude ausstrahlenden Bilder in Erinnerung.

Diese Mauer mit geharkten Sandstreifen, Kontaktzäunen, Kolonnenwegen, unzähligen Beobachtungstürmen, Bunkern und Hundelaufanlagen führte 43 km quer durch die Stadt; 112 km waren es um die Stadt herum.

In der Zeit nach der Wende wurden die Mauer-Betonplatten von begeisterten »Mauerspechten« - von Berlinern und Touristen - mit Hammer und Stichel pulverisiert. Souvenirs pur. Viele dieser Mauerstücke lagen und liegen auf so manchem Verkaufstresen. Es sind nicht wenige Fälle bekannt, in denen Liebhaber ganze Platten aufkauften und in die Welt hineintrugen.

Wer heute noch eine Ahnung von dem

haben will, was die Stadt 28 Jahre so brutal zerrissen hat, der muß ein bißchen wandern: Vom ehemaligen Checkpoint Charlie etwa, dem Ausländerübergang in der Friedrichstraße - ein Besuch des Mauermuseums mit all seinen Fluchthelferutensilien lohnt sich -, durch die Zimmer- und Niederkirchnerstraße über den noch leergefegten Potsdamer Platz, der sehr bald zur größten Baustelle Europas werden soll, bis zum Brandenburger Tor. Es ist immer noch ein Wunder, daß man dort wieder durch darf.

Das schöne, mondäne Gesicht

Nach seiner Fassung könnte jeder Berliner Hotelgast glücklich werden, so vielfältig sind die Häuser.

Das Grand Hotel Esplanade beispielsweise verbreitet einen Hauch von Luxus, teure Möbelkunst von Le Corbusier, moderne Großbilder im Entrée erfreuen den Gast. Ein kleines, aber feines Hotel mit außergewöhnlichem Ambiente ist das Hotel Riehmers Hofgarten. Einst standesgemäße Bleibe hoher Offiziere, heute eine Perle mit altrosa Zimmer, Sekretären im Biedermeier-Stil und herrlichen Stuckdecken.

Zu DDR-Zeiten wetteiferten die Architekten links und rechts der Berliner Mauer um die größten, teuersten und aufwendigsten Bauten. In Ost-Berlin entstanden damals die devisenbringenden Prunkbauten Dom-Hotel und Grand-Hotel.

Und da gibt es noch aus der Vielzahl der Edelübernachtungsstätten das Frauenhotel Artemesia zu nennen. Dieses Hotel in einem Alt-Berliner Haus ist »männerfreie Zone«. Seit Mai 1989 bieten mutige Unternehmerinnen Frauen, die übernachten wollen, ein Refugium, in dem sie sich ohne Selbstdarstellungstreß entspannen können.

Das modellierte Gesicht

Je oller, desto doller - das gilt für den Star-Architekten des 19. Jahrhunderts, Karl-

Friedrich Schinkel. Seine Bauten sind im Berlin von heute das Tüpfelchen auf dem i. Schinkel gilt als genialer, oft auch gewaltsamer Erneuerer der Stadtbaukunst.

Unter dem bedeutendsten aller preußischen Herrscher der klassischen Epoche, Friedrich Wilhelm III., entsteht Meisterwerk nach Meisterwerk. Der Architekt heißt Schinkel. Auf einmal ist Berlin nicht ebenbürtig mit anderen Kapitalen Europas, sondern Vorreiter. Schinkel schuf die »Neue Wache« in der Prachtallee Unter den Linden. Das Schauspielhaus am - wie Kenner meinen - schönsten Platz Europas, dem Gendarmenmarkt in Berlin Mitte, bildet zusammen mit dem Französischen und Deutschen Dom ein beeindruckendes Ensemble. Und dann noch das Alte Museum, in Schinkels Blütezeit von 1824 bis 1829 erbaut.

Schinkels Denkmal steht allerdings in Neuruppin, seinem Geburtsort, nördlich von Berlin gelegen.

Die »sehenswürdigen« Gesichtszüge

Am Schluß sollen aus der Vielzahl der Sehenswürdigkeiten einige wenige vorgestellt werden, von denen der Autor meint, daß sie das Stadtbild in besonderer Weise prägen.

Ganz oben an steht natürlich das Brandenburger Tor, das zum Schicksalsdenkmal Berlins, vielleicht auch Deutschlands geworden ist. Hier wurde der Fall der Mauer am innigsten, lautesten und leidenschaftlichsten gefeiert.

Das Brandenburger Tor am westlichen Abschluß der Straße »Unter den Linden« am Pariser Platz ist das einzige noch erhaltene Stadttor aus der letzten Stadtmauer Berlins. Es gab ehemals 14 Tore. Das von 1789 bis 1791 nach dem Vorbild der Propyläen in Athen von Carl Gotthard Langhans erbaute Tor gilt als erstes bedeutendes Werk des Berliner Klassizismus. Ursprünglich sollte es den Namen »Friedenstor« erhalten, wollte Langhans mit seiner Schöpfung den Sieg des Friedens über den Krieg dargestellt wissen, wie auch die 1794 auf dem Tor

aufgestellte Quadriga den »Triumph des Friedens« demonstrieren sollte. Der bildhauerische Schmuck stammt von Johann Gottfried Schadow.

Unweit des Brandenburger Tores steht auf dem Platz der Republik südöstlich des Spreebogens das nach den Plänen von Paul Wallot 1894 fertiggestellte Reichstagsgebäude, in das der Deutsche Bundestag einziehen wird. Im Kaiserreich ab 1894 und in der Weimarer Republik ab 1919 war der Reichstag Sitz des Deutschen Parlaments.

Am 09.11.1918 rief der sozialdemokratische Abgeordnete Philipp Scheidemann von hier die Republik aus.

In der Nacht vom 02. auf den 03. Oktober 1990 war der Platz der Republik vor dem Reichstag der Ort, an dem offiziell die Einheit Deutschlands begangen wurde.

In die aktuellen Schlagzeilen ist der Reichstag durch die Entscheidung des Deutschen Bundestages geraten, dem Ansinnen des amerikanisch-bulgarischen

Verhüllungskünstlers Christo nachzugeben, der den Reichstag verpacken will. Im Frühjahr 1995 soll eine Heerschar von Bergsteigern und Experten unter der Führung von Reinhold Messner über 40 Tonnen Stoff verarbeiten. Das Spektakel nimmt seinen Lauf.

Gewiß könnten noch eine Reihe von Facetten des Gesichts der Hauptstadt Berlins beleuchtet werden, z. B. die der Filmstadt, oder wie die 3,4 Mio.-Stadt verkehrlich zu Recht kommt oder wie und wo Bundesregierung und Parlament sich im einzelnen etablieren werden. Um aber die Übersichtlichkeit einer nur bewußt kurzgehaltenen gedanklichen Hinführung an den Konferenzort Berlin nicht in Frage zu stellen, soll die Darstellung hier enden, ohne allerdings noch einen bescheidenen Blick nach vorn zu richten.

Edzard Reuter hat im Januar dieses Jahres in einem Beitrag für die Tageszeitung »Der Tagesspiegel« die zukünftige Rolle

Berlins mit der Formel umschrieben »die Hauptstadtfunktion ist einer der Bausteine jener Vision, zu der sich die Metropole ermutigen muß.«

Gerade in Berlin, meint er, wo alte und neue Strukturen, überholte und lebensfähige, unausweichlich aufeinander prallen, müssen zwingend neue Wege zur Lösung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Herausforderungen, vor denen Deutschland, vor denen Europa steht, gefunden werden. Berlin muß aus seiner bisher alten beschützten Lage heraustreten und zur Pionierrolle für ganz Deutschland finden. Die Bewahrung des Industriestandorts Berlin, der Ausbau attraktiver Dienstleistungsbereiche, die Aufgabe Berlins als Hauptstadt und die Funktion als Drehscheibe zwischen West- und Ostdeutschland sowie zwischen West- und Osteuropa sind die elementaren Bausteine der Zukunft.

Willkommen in Berlin.

Programm des Bundesdelegiertentages 1994

Arbeitsprogramm

Montag, 09.05.94

14.00 Uhr bis 19.00 Uhr
Eröffnungsveranstaltung mit Empfang im Berliner Congress Center (BCC)
Festvortrag: **Frau Dr. Hanna-Renate Laurien**, Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

20.00 Uhr
Begrüßungsabend: Seerundfahrt auf dem Müggelsee

Dienstag, 10.05.94

08.30 Uhr bis 18.30 Uhr
Arbeitssitzung im Hotel Müggelsee
Unter anderem Vorträge mit Diskussion von:
- **Frerich Görts**, Vorstandsmitglied Telekom
- **Heinz Dürr**, Vorstandsvorsitzender Deutsche Bahn AG
- **Dr. Hagen Hultsch**, Vorstandsmitglied Telekom

Mittwoch, 11.05.94

08.30 Uhr bis 17.00 Uhr
Arbeitssitzung im Hotel Müggelsee
Unter anderem Vorträge mit Diskussion von:
- **Dr. Wolfgang Bötsch**, Bundesminister
- **Dr. Klaus Zumwinkel**, Vorstandsvorsitzender Postdienst

20.00 Uhr
Gesellschaftsabend im Hotel Müggelsee

Begleitprogramm

Dienstag, 10.05.94

09.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Ausflug in den Spreewald

Mittwoch, 11.05.94

09.00 Uhr Stadtbesichtigung

Middle Management Exchange

Ein Erfahrungsbericht über das Austauschprogramm von Telekom



Susanne Baumgartl,
Direktion Telekom Stuttgart

Allgemeines über Middle Management Exchange (MMEx)

Anfang Januar diesen Jahres erschien in Telekom Offiziell ein Aufruf des Fachbereichs P*743, in dem die Teilnahme am diesjährigen Middle Management Exchange (MMEx) Programm ausgeschrieben wurde. Da der Aufruf zwischen Formblattberichtigungen, Verfügungen und Personalnachrichten abgedruckt war, neigt man dazu, diesen zu übersehen. Weil ich selbst im letzten Jahr die Möglichkeit hatte, im Rahmen dieses Programmes nach Italien zu fahren, möchte ich die VHP-Zeitschrift als Forum nutzen, um das MMEx Programm etwas bekannter zu machen.

Beim MMEx handelt es sich um ein Austauschprogramm zwischen mehreren europäischen Telekommunikationsunternehmen. Zur Zeit nehmen daran teil:

- Telia (Schweden)
- PTT Nederland
- BT
- France Telecom
- STET (Italien)
- Telekom.

Der Aufenthalt im Gastland dauert drei Wochen, in denen man Gelegenheit erhält, das betreuende Telekommunikationsunternehmen kennenzulernen und Informationen für seinen Studienauftrag zu sammeln. Angesprochen vom MMEx Programm sind Angehörige des höheren Dienstes, die das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und über gute Englischkenntnisse verfügen. Bei Telekom ist für die Organisation und Durchführung der Fachbereich P*743 zuständig.

Sinn und Zweck dieses Programms ist es, einen Blick über die Landesgrenzen werfen zu können, Arbeitsabläufe mit denjenigen bei Telekom zu vergleichen, Informationen über die europäische Konkurrenz, bzw. über Kooperationspartner zu erhalten, europäische Kontakte zu knüpfen und natürlich seinen eigenen Horizont zu erweitern.

Bereits mit der Bewerbung muß ein Vorschlag für ein Studienthema mitgeschickt werden. Zweckmäßigerweise wählt man dazu eines aus dem eigenen Arbeitsumfeld, denn nur dann können tatsächlich Vergleiche im Gastunternehmen angestellt werden. Über dieses Studienthema ist dann nach der Rückkehr ein Bericht anzufertigen, so daß Telekom daraus auch Nutzen ziehen kann. Anschließend an die Bewerbung wird dann von der Generaldirektion Telekom ein Sprachentest sowie ein Vorstellungsgespräch durchgeführt.

Konkreter Aufenthalt in Rom und Neapel im April/Mai 1993

Wie nun solch ein Austauschprogramm tatsächlich abläuft, soll der Rest dieses Artikels zeigen.

Zeitgleich mit mir nahmen an dem Middle Management Exchange 1993 noch ein weiterer Kollege von Telekom, Herr Kröschel vom FA Koblenz, eine Kollegin von Televerket, jetzt Telia (Schweden), zwei Kollegen von PTT Nederland, eine Kollegin von France Tele-

com sowie ein Kollege von British Telecom teil. Insgesamt waren wir daher eine Gruppe von 7 Personen. Jeder von uns hatte einen eigenen Studienauftrag zu erledigen, wobei das Austauschprogramm in drei Abschnitte unterteilt war, die jeweils eine Woche dauerten. In der ersten Woche war die Gruppe gemeinsam in den verschiedenen Telekommunikationsunternehmen Italiens. Der genaue Aufbau der Telekommunikation in Italien wird später noch erläutert. Es wurde uns jeweils während eines Tages ein Überblick über das betreffende Unternehmen gegeben. Die erste Woche war somit der allgemeinen Information über die Telekommunikationslandschaft in Italien gewidmet.

In der zweiten Woche fand das eigentliche Individualprogramm statt. Es war sehr gut organisiert und wir hatten zumeist kompetente Ansprechpartner. Es ist äußerst wichtig, bereits in seiner Bewerbung deutlich und klar zu formulieren (auf Englisch), welches Studienthema untersucht werden soll, evtl. sollten auch gleich Vorschläge über Gesprächspartner gemacht werden (Position, Tätigkeitsbereich...). Am ersten Tag der ersten Woche bestand die Gelegenheit, mit den Organisatoren das Individualprogramm durchzusprechen, so daß Änderungswünsche soweit möglich realisiert wurden. Die Durchführung des Individualprogramms ist je nach Studienthema unterschiedlich. Die Palette reicht von der Beobachtung eines speziellen Arbeitsplatzes über Interviews bis hin zur Diskussion. Der Ablauf der zweiten Woche liegt zu einem großen Teil in der Hand der einzelnen Teilnehmer.

In der dritten und letzten Woche war die Gruppe wieder geschlossen und wir besuchten die Regionalorganisation (in etwa vergleichbar mit einer Direktion hier bei Telekom) von SIP in Neapel. Am Ende dieser Woche waren dann zwei Tage eingeplant für die Schlußausprache und für eine abschließende Diskussion mit Vertretern des Ministeriums und der verschiedenen Telekommunikationsunternehmen.



Telespazio Space Centre Fucino

Neben den eigentlichen Recherchen fand auch ein Rahmenprogramm statt, das abwechselnd von den drei italienischen Unternehmen ausgerichtet wurde. Zum Beispiel wurden wir am Abend des ersten Tages zum Empfang von Telespazio zu einem Begrüßungsdinner eingeladen in ein typisches römisches Lokal in Trastevere. Oder wir fuhren am Freitag der ersten Woche mit einem Bus zum Space Centre (eine Satellitenkontrollstation und Erdfunkstelle) von Telespazio nach Fucino in den Abruzzen (ca. 2 Busstunden von Rom entfernt). Am Freitag der zweiten Woche wurden wir von STET in die Oper eingeladen (Verdi: Der Troubadour). Zwischen dem ersten und dem zweiten Akt hatten wir die Gelegenheit eine Delegation des chinesischen Ministeriums für Telekommunikation zu treffen und an einem Empfang teilzunehmen. Am darauffolgenden Sonntag fuhren wir mit einem Bus von Rom nach Neapel. Auf der Fahrt machten wir Halt in Caserta und besichtigten den dortigen Königspalast. Die Arbeitssprache (und auch Freizeitsprache) während des gesamten Aufenthalts war Englisch.

Die Struktur der Telekommunikation in Italien

In Italien ist die im Moment bestehende Struktur der Telekommunikation im

Wandel begriffen. Noch im Laufe dieses Jahres werden die drei großen Unternehmen zu einem einzigen Telekommunikationsunternehmen fusioniert.

Die gesetzliche Grundlage der italienischen Telekommunikation findet sich im »telecom and postal code« aus dem Jahre 1973. Hier ist verankert, daß Postdienst und Telekom exklusiv dem italienischen Staat gehören. Das PTT Ministerium kann Konzessionen in diesem Bereich vergeben. Hiervon wurde in Italien Gebrauch gemacht und Konzessionen sind an mehrere Aktiengesellschaften vergeben worden. Diese Aktiengesellschaften sind derzeit noch im Mehrheitsbesitz des Staates.

Nachfolgend beschreibe ich die Struktur der Besitzverhältnisse.

Der italienische Staat ist unter anderem Eigentümer des Unternehmens IRI. IRI hält mehrheitlich Anteile z.B. an der Autobahngesellschaft Autostrade, an RAI (Fernsehgesellschaft), an ALITALIA und an STET. Der Telekommunikationsbereich gehört in die Zuständigkeit von STET. STET ist somit eine Art Staatsholding für den Telekommunikationssektor.

STET hält 60% der Aktien von SIP, 53% der Aktien von Italcable und 33% der Aktien von Telespazio. Die italienischen Telekommunikationsgesellschaften sind daher privatrechtliche Aktiengesellschaften,

die zum größten Teil im Mehrheitsbesitz des Staates stehen; eine Konstruktion, die sich ja auch in Deutschland bei der Postreform II abzeichnet.

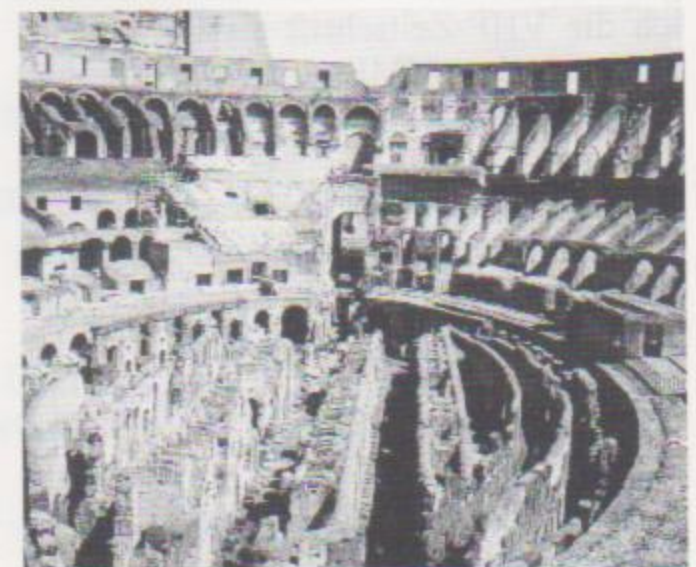
Die drei ausführenden Aktiengesellschaften SIP, Italcable und Telespazio haben folgende Tätigkeitsbereiche:

- SIP ist die größte der drei Gesellschaften und ist zuständig für den inländischen Telekommunikationsverkehr, inklusiv Mobilfunk.
- Italcable ist zuständig für den internationalen Telekommunikationsverkehr, incl. der Datendienste.
- Telespazio ist zuständig für die gesamte Palette der Satellitenkommunikation.

Daneben gibt es noch eine weitere Staatsfirma, IRI TEL. Diese ist zuständig für Sprachvermittlung in Europa, wobei hier die Abgrenzung zu Italcable fließend ist.

Für alle genannten Unternehmen ist SIP die einzige Kontaktstelle zum Kunden. Nur SIP steht das Recht zu, Verträge mit den Kunden abzuschließen, Rechnungen an den Kunden zu stellen und SIP ist auch zuständig für die Beschwerdebearbeitung. Lediglich bei den value added services sind die anderen Unternehmen berechtigt, Kundenbeziehungen direkt aufzubauen. Diese Konstellation bringt verständlicherweise Schwierigkeiten mit sich.

Nach der Fusionierung ist geplant, die Staatsanteile von STET von derzeit 52%



Kolosseum

»Herausforderung an die Telekom- munikation«

33. Europäische Fernmeldetage in Dresden
vom 29. Aug. bis 3. Sept. 1994

auf 25% zu senken. STET wäre dann keine Staatsholding mehr. Als weitere Neuerung ist das Zulassen von privaten service providern geplant.

Diese Vereinigung der verschiedenen Unternehmen wird begleitet von umfangreichen internen Umorganisationen in den Unternehmen. Da SIP mit ca. 90.000 Beschäftigten das größte der drei Unternehmen ist (Italcable hat ca. 3200 und Telespazio ca. 1130 Beschäftigte), ist auch dort die Umorganisation am umfangreichsten. Das wichtigste Ziel von SIP hierbei ist es, eine Änderung der Unternehmenskultur zu erreichen. Dies wurde von mehreren Gesprächspartnern betont. SIP will weg von dem, zwar privatrechtlich organisierten aber dennoch behördlich anmutenden, Image und Auftreten des Monopolisten hin zu einem kundengerechten und am Markt orientierten Unternehmen. Auffällig war bei allen besuchten Unternehmen das große Interesse an Europa und gleichzeitig die Angst, ohne umfassende Veränderungen in der eigenen Kultur, den Anschluß, bzw. die Anerkennung in Europa zu verlieren.

Interessant bei der Umorganisation von SIP ist, daß dort Aufgaben aus dem Bereich einer »Agenzia« (vergleichbar einem FA) hin zur regionalen Ebene (vergleichbar Direktion) oder zur Zentrale verlagert wurden. Der Verantwortungsbereich einer Agenzia wurde daher schmaler. Gleich mit den Umorganisationsplänen von Telekom ist die Divisionalisierung. Bereits jetzt schließen die einzelnen Divisionen interne »Verträge« mit anderen Teilen des Unternehmens ab. Sämtliche Beteiligte tragen am Ende gemeinsam die Zielverantwortung.

Im Rahmen meines Studienthemas (Frauenförderung in Italien) stieß ich auf eine in Italien bereits seit geraumer Zeit eingeführte Form des Personalmanagements und der Karriereplanung. Da ich der Ansicht bin, daß dies insbesondere für die Angehörigen des höheren Dienstes interessant ist, werde ich darüber nachstehend ebenfalls berichten.



Gruppe in der Mitte (Teilnehmer) von links nach rechts:
Adrian Smith (BT), Patricia Fiamingo (France Telecom), Peter Kröschel (Telekom), Marta Maracz (PTT Nederland), Susanne Baumgartl (Telekom) in Caserta

Personalmanagement

1986 wurde in allen Unternehmen, die zur STET-Gruppe gehören, eine neue Form des Personalmanagements eingeführt. Dieses System wurde seither jährlich weiterentwickelt. Anlaß für die Einführung war die Erkenntnis, daß eine Verbesserung der Personalqualität gleichzusetzen ist mit einer Verbesserung der Unternehmensqualität. Ferner sollte damit eine höhere Motivation der Führungskräfte durch die Integration in das Unternehmen (umfassende Information und interne Kommunikation) erreicht werden. Das Verhalten des Unternehmens zu seinem eigenen Personal sollte verändert werden. STET als Holding der drei untersuchten Telekommunikationsunternehmen gab die Form des Personalmanagements verbindlich an die Unternehmen vor. Zudem ist das Personalmanagement im Tarifvertrag festgeschrieben. Das Managementsystem besteht aus 4 unterschiedlichen Blöcken, die zusammen zu einer Entwicklungsplanung und zu evtl. Fortbildungsmaßnahmen für die Einzelnen führen:

- Arbeitsplatzanalyse
- Potentialerkennung
- Leistung (Zielvereinbarungen)
- Lohnpolitik/Bonussystem

Zu a) Arbeitsplatzanalyse

Für jeden Arbeitsplatz, beginnend ab dem mittleren Management (ca. ab Stellenvorsteher/in), wird eine exakte Arbeitsplatzanalyse erstellt. Dazu ist ein Organigramm erforderlich (welches in Italien eher unüblich ist), in welchem eine genaue Tätigkeitsbeschreibung des speziellen Arbeitsplatzes erfolgt. Hierbei erhält jeder Arbeitsplatz eine Gewichtung in Form eines Punktesystems, das später für die Höhe des Verdienstes mit maßgeblich ist. Die Gewichtung hängt auch von dem Bereich, in dem der Arbeitsplatz liegt, ab. Dies führt dazu, daß z.B. Arbeitsplätze im Vertriebsbereich oder im Kundenbereich eine höhere Gewichtung (und damit auch einen höheren Verdienst) erhalten, als vergleichbare Arbeitsplätze z.B. im Personalbereich.

Zu b) Potentialerkennung

Hier geht es darum, die Leistungsfähigkeit und die Entwicklungsmöglichkeiten der einzelnen Person festzustellen. Als Leitmotiv gilt der Satz: »Die richtige Person am richtigen Platz«. In den untersuchten Unternehmen gibt es zwei völlig unterschiedliche Formen der »Karriere«: Zunächst die Karriere als Führungskraft mit Personalverantwortung, wobei hier



das einmal auf der Universität erworbene Fachwissen von untergeordneter Bedeutung ist.

Zum anderen eine Karriere als »Spezialist«. Hier kommt es entscheidend auf die vorhandenen Fachkenntnisse an.

Beide Karrierezweige werden auf unterschiedliche Art interessant gestaltet. Der Manager mit Personalverantwortung hat schnellere und bessere Entwicklungsmöglichkeiten in seiner Karriere, der Spezialist dagegen hat einen langsameren Karriereverlauf vor sich, erhält aber zu einem früheren Zeitpunkt einen höheren Verdienst.

Die Eigenschaften, auf die bei der Potentialerkennung Wert gelegt werden, hängen von mehreren Faktoren ab, z.B. das Alter der betreffenden Person (wegen evtl. Entwicklungsmöglichkeiten), die Stellung in der Hierarchie u.s.w.. Eine junge Führungskraft muß auf ihrem Arbeitsplatz anderen Anforderungen genügen, als ein hochdotierter Topmanager. Als Beispiel hierfür kann das Fachwissen dienen: je höher der erreichte Level in der Hierarchie ist, desto weniger wichtig ist das eigene Fachwissen. Es treten andere Eigenschaften an dessen Stelle, z.B. Führungsqualitäten. Untersucht werden u.a. folgende Eigenschaften:

- Organisatorische Fähigkeiten; hierzu gehören Eigenschaften wie Analysefähigkeit, systematisches Arbeiten, Kooperationsfähigkeit auch mit anderen Bereichen, Problemlösung, Kundenverhalten, Flexibilität, Risikobereitschaft, Entscheidungsfreude oder selbständiges Arbeiten.
- Kenntnisse; dies umfaßt z.B. Fachwissen, bereichsübergreifendes Wissen oder Bereitschaft zur Weiterbildung.

Zu Beginn der Karriere wird die erste umfassende Potentialerkennung mit einem Assessment Center ca. zwei Jahre nach Eintritt in das Unternehmen durch externe Psychologen durchgeführt. Diese führen ebenfalls ein Interview mit dem direkten Vorgesetzten und mit internen Kunden (aus anderen Unternehmensbereichen). Ergibt die Analyse, daß in bestimmten Bereichen Weiterbildungsbedarf besteht,

wird der betreffenden Person diese Weiterbildung angeboten. Zeigt die Analyse, daß der derzeitige Arbeitsplatz mit der betreffenden Person nicht ideal besetzt ist, erfolgt eine Umsetzung.

Nach ca. 3-4 Jahren Unternehmenszugehörigkeit erfolgt ein zweites Assessment Center zur erneuten Orientierung mit den gleichen möglichen Folgen.

Nach 5-6 Jahren erfolgt die Entscheidung, ob der betroffenen Person eine Karriere als Spezialist oder als Führungskraft mit Personalverantwortung angeboten wird.

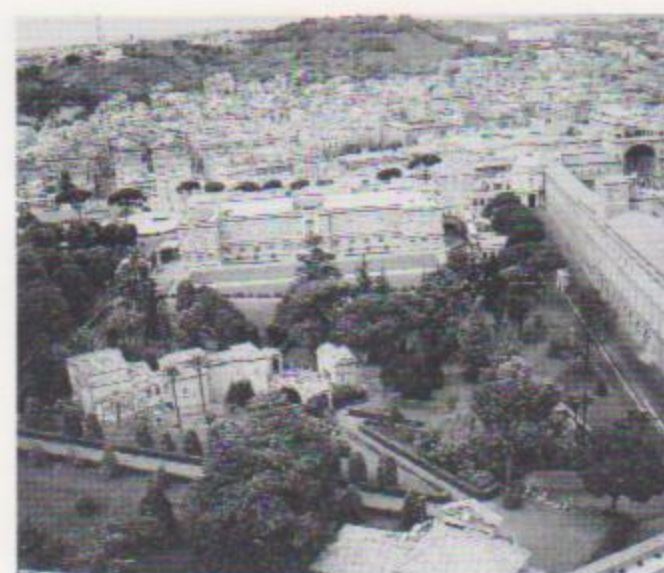
Ca. nach 7-8 Jahren besteht bei guter Eignung die Möglichkeit, in das höhere Management aufzurücken. Ein möglicher Kandidat muß dann zwischen einem oder drei Jahren auf einem Arbeitsplatz des höheren Managements arbeiten, ohne diesem schon anzugehören. Erst nach dieser Zeit wird entschieden, ob ein Aufrücken erfolgt oder nicht.

Zu c) Leistung (Zielvereinbarungen)

Zur Kontrolle der Leistung werden jährliche Zielvereinbarungen zwischen dem direkten Vorgesetzten und der jeweiligen Person (top down) getroffen. Die Ziele werden am Anfang des Jahres verbindlich schriftlich fixiert. Es besteht dabei die Möglichkeit, während des Jahres die Ziele den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen. Nach Ablauf des Jahres wird dann der Zielerreichungsgrad gemessen, eventuell Schwachstellen aufgezeigt, analysiert und eventuell Fortbildungsangebote unterbreitet. Hier ist interessant zu erwähnen, daß SIP in Europa am meisten für Fortbildung ausgibt. Bei diesem jährlichen Gespräch werden die für den jeweiligen Arbeitsplatz erforderlichen Eigenschaften erneut durch den direkten Vorgesetzten bewertet.

Zu d) Lohnpolitik/Bonussystem

Die Höhe des Verdienstes richtet sich zum einen nach der oben angesprochenen Gewichtung des konkreten Arbeitsplatzes. Aufgrund der Punktezahl des Arbeitsplatzes ergibt sich eine bestimmte Bandbreite von Entlohnungsmöglichkeiten (von... bis...). Wurde im vergangenen Jahr das



Blick auf den Vatikan

Ziel exakt erreicht, erhält man das Mittel der möglichen Entlohnungen, bei schlechter Zielerreichung weniger und bei Übertreffen des Ziels dementsprechend mehr. Diese Lohnpolitik ist bereits ein Leistungsanreiz.

Daneben gibt es aber noch weitere Instrumente zur Leistungsmotivation. Eines davon ist mit unserer Belohnung zu vergleichen, die betreffende Person erhält einmalig eine bestimmte Summe.

Ein weiteres ist eine Art Zulage, jedoch nicht wie bei uns, nur für einen bestimmten Zeitraum, sondern für das gesamte weitere Arbeitsleben in dem Unternehmen. Dieses Mittel wird für hervorragende Leistungen über einen längeren Zeitraum hin vergeben und umfaßt Summen in Höhe von DM 300,- DM 500,- monatlich. Für die Topmanager, die ihren Verdienst individuell aushandeln, gibt es noch ein weiteres Mittel zur Motivation: wird das gesteckte Ziel mit weniger Mitteln als geplant erreicht, erhält der Manager die Differenzsumme für sich persönlich. Dies ist allerdings aus naheliegenden Gründen nicht unkritisch zu sehen.

Soviel zum Personalmanagement bei den italienischen Telekommunikationsunternehmen und damit komme ich auch zum Ende meines Artikels. Ich hoffe, es wurde deutlich, daß man durch einen derartigen Aufenthalt im Ausland für sich und das Unternehmen wertvolle Informationen und Eindrücke erhält. Daher rate ich allen, die an einem kurzen Auslandsaufenthalt interessiert sind, sich evtl. beim nächsten Aufruf doch zu bewerben und es einfach zu versuchen.

»Herausforderung an die Telekommunikation«

33. Europäische Fernmeldetage in Dresden vom 29. Aug. bis 3. Sept. 1994

Werner Hufnagel,
Beauftragter für FITCE

Die FITCE, die Föderation europäischer Führungskräfte, die auf dem Sektor Telekommunikation arbeiten, kann auf mehr als 3 Jahrzehnte erfolgreiche Arbeit zurückblicken. Seit der Gründung 1961 wurde die doppelte Zielsetzung - Erfahrungsaustausch und freundschaftliche Beziehungen unter den Experten und deren Familien über die Grenzen europäischer Länder hinweg zu ermöglichen - konsequent verfolgt.

Die Europäischen Fernmeldetage waren immer auch eine Gelegenheit zum Kennenlernen von Land und Leuten, von Situationen, von Kultur und - was Ingenieure besonders interessierte - der Produktionsmethoden im Bereich der Telekommunikation. Forschung, Entwicklung, Technik, Betrieb, Service und natürlich auch Trends auf dem Gesamtgebiet waren Themen der Kongresse.

Der Jahreskongreß 1994 findet vom 29. August bis 3. September 1994 in Dresden statt. Der Kongreß steht unter der Schirmherrschaft aller in Europa für Telekommunikation zuständigen Minister und wird von der Vereinigung der höheren Führungskräfte der Deutschen Bundespost mit Unterstützung der Telekom und der deutschen Fernmeldeindustrie durchgeführt.

Wir sind sicher, daß sich die Hauptstadt des Freistaates Sachsen gut einreihen wird in die Kette der Kongreßstädte (siehe Kasten).

Unter dem Generalthema »Die europäische Herausforderung an die Telekommunikation in Ost und West« wollen wir in 35 Vorträgen und 3 Workshops die neu entstandene Lage in Europa anhand von Telekommunikations-Projekten in den neuen Bundesländern und in Ländern Osteuropas diskutieren. Alle Vorträge werden wie immer simultan in deutsch, englisch und französisch gedolmetscht.

Die Workshops - eine Neuheit bei FITCE-Kongressen - stehen unter den Themen: Infrastrukturausbau, Mobilfunk und Know-how Transfer, und laufen - auch das wird neu sein - erstmals nur in englischer Sprache.

Das technische Komitee unter Leitung unseres Kollegen Hermann Gabler wird die fachliche Organisation der Tagung übernehmen.

Das Interesse an Dresden ist groß, soweit wir das heute schon erkennen können; wir erwarten etwa 600-800 Teilnehmer und Gäste. Für die Unterbringung aller Teilnehmer haben wir genügend Hotels in der Innenstadt gebucht. Reservierungen können direkt über das Reisebüro Schnellbach erfolgen (siehe Anmeldeformular).

Dresden verfügt als Verwaltungs- und Wirtschaftszentrum über ausgezeichnete Verkehrsverbindungen.

Mit dem Auto ist Dresden über zwei Autobahnen direkt erreichbar:

Die E 40 führt aus westlicher Richtung (Köln-Eisenach), die E 55 aus nördlicher (Rostock-Berlin) bzw. südlicher Richtung (Wien-Prag) in die Elbestadt.

Zwei Fernbahnhöfe binden Dresden in das nationale Eisenbahnnetz ein und unterstreichen die Bedeutung als Verkehrsknotenpunkt. Direkte Zugverbindungen bestehen zu 10 europäischen Großstädten.

Auch per Flugzeug ist Dresden erreichbar. Der Flughafen ist 9 km nördlich vom Stadtzentrum gelegen. Ein Airport-City-Liner pendelt ständig zwischen Flughafen und Stadt. Direkte Fluglinien bestehen zu 17 deutschen und 7 europäischen Großstädten.

Das Kongreßprogramm

Das vollständige Kongreßprogramm ist im Kasten auf Seite 24 abgedruckt.



Zur Eröffnungsfeier im Kulturpalast am Montag dem 29. August 1994 erwarten wir prominente Gäste.

Auf der Rednerliste stehen:

- Herr Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen,
- Herr Helmut Ricke, Vorstandsvorsitzender der Telekom,
- Herr Dr. Herbert Wagner, Oberbürgermeister von Dresden und
- Herr Prof. Dimitri Kouremenos, Präsident der FITCE.

Die Begrüßungsansprache wird unser Kollege Dipl.-Ing. Eike Rolf Michael, Präsident der Direktion Telekom Rostock als deutsches Mitglied des Direktionskomitees der FITCE übernehmen.

Im Anschluß an die Eröffnungsfeier wird im Foyer des Kulturpalastes ein Empfang für alle Teilnehmer und Gäste stattfinden.

Der gesamte Kongreß läuft - abgesehen von der Eröffnungsfeier - im Hotel Hilton, das alle Voraussetzungen für die Durchführung einer solchen Tagung bietet. Von den angeführten Hotels ist das

«Herausforderung an die Telekommunikation»

Hilton gut in 10 bis 15 Minuten zu Fuß erreichbar.

Die Europäischen Fernmeldetage sind in erster Linie ein Fachkongreß. Das Programm der Woche bietet aber, der Tradition der FITCE entsprechend, auch viele Gelegenheiten nicht nur Stadt und Land, sondern auch Kolleginnen und Kollegen aus dem In- und Ausland kennen zu lernen.

Gesellschaftliche Veranstaltungen

Man muß natürlich die Möglichkeiten nutzen und auf europäische Freunde zugehen. Die »Welcome party« im Ratskeller am Montag abend ist dazu der richtige Auftakt. Es wird zwar etwas eng werden bei mehr als 800 Gästen, aber das schafft beste Voraussetzungen für ein erstes Gespräch.



Semper Oper

Opernabend (31.08.94)

Der Telekom-Abend in der Semper Oper verspricht ein kultureller Höhepunkt zu werden. Auf dem Programm steht »Das schlaue Fuchslein« von Leos Janacek - eine Oper, die alle Freunde romantischer Musik begeistern wird. Der anschließende Empfang in allen Foyers der Semper Oper bietet weitere Gelegenheit, alte Freundschaften zu erneuern und neue zu schließen.

Schiffahrt (01.09.94)

Die Teilnehmer der technischen Exkursionen und die Teilnehmer des Begleitprogrammes treffen sich in Königstein und fahren per Schiff gemeinsam über einen der schönsten Abschnitte der Elbe nach Dresden zurück. Wir hoffen natür-

lich auf schönes Wetter und eine handbreit Wasser unter dem Kiel.

Dinnerdance (02.09.94)

Gefeiert wird in mehreren Räumen. Wir wollen die Gelegenheit dazu nutzen, Europa mit einem Zufallsgenerator zu mischen. Musik gibt es in allen Räumen - und das gastronomische Angebot ist natürlich überall gleich gut. Wer Lust hat, kann tanzen, je nach Geschmack: klassisch modern oder auch nach flotten Jazz-Rhythmen.

Farewell party (03.09.94)

Abschied muß sein. Wir wissen aus Erfahrung, wie einige Teilnehmer unter Termindruck stehen. Autofahrer wollen auf die Strecke und Flugzeuge warten nicht. Um allen gerecht zu werden, bieten wir ein Business Lunch. Jeder ist Herr seiner Zeit, aber Abschied muß sein, unter Freunden.

Technische Exkursionen

Dresden und Umgebung kann einiges zeigen an industrieller Entwicklung. Wir wollen uns auf die Telekommunikation beschränken und nehmen am 01.09.94 gern die Angebote folgender Firmen an:

Alcatel/SEL in Rochlitz

Die Stadt Rochlitz gehört zu den ältesten Städten Sachsens und entstand um 1160. Im Werk, das ursprünglich Rundfunkgeräte (Graetz) herstellte, werden seit

dem Zusammenschluß mit Alcatel/SEL Komponenten der digitalen und analogen Vermittlungstechnik produziert. Die Produktpalette geht von Teilnehmer-schaltungen über Verbindungssätze bis zu Multiplexern und Konzentratoren. Gezeigt wird neben der Fabrikation von Leiterplatten und Stromversorgungsgeräten auch eine moderne Lagertechnik.

ANT Nachrichtentechnik Radeberg GmbH

entwickelt und produziert Geräte und Komponenten für Multiplexsysteme, Richtfunkssysteme und öffentliche Vermittlungssysteme. Bei Ihrem Besuch sehen Sie die Herstellung von Gestellen, Flachbaugruppen und Baugruppen sowie Geräten der Stromversorgungs-, Multiplex- und Netzabschlußtechnik. Aus den Entwicklungsabteilungen stellen wir Ihnen die folgenden Bereiche vor:

- Teilnehmeranschlußtechnik
- GSM-Mobilfunktechnik
- Digitale Richtfunktechnik

Die Meißener Nachrichtentechnik GmbH

ist aus dem Kabelwerk Meißen hervorgegangen. Dort wurden Kabelgarnituren für den Post-, Bahn- und Starkstrombereich entwickelt und gefertigt. Die Schwerpunkte der Meißener Nachrichtentechnik liegen nunmehr in der Entwicklung und Fertigung von:

Europäische Fernmeldetage:

1962	Luxemburg	1973	Brüssel	1984	Rom
1963	Rom	1974	Luxemburg	1985	Regensburg
1964	Paris	1975	Nizza	1986	Den Haag
1965	Den Haag	1976	Florenz	1987	Athen
1966	Frankfurt/M.	1977	Rotterdam	1988	Cork
1967	Brüssel	1978	Berlin	1989	Lissabon
1968	Luxemburg	1979	Dublin	1990	Glasgow
1969	Lyon	1980	Lüttich	1991	Straßburg
1970	Venedig	1981	Luxemburg	1992	Granada
1971	Amsterdam	1982	Bordeaux	1993	Antwerpen
1972	Stuttgart	1983	Madrid	1994	Dresden



- Abschluß- bzw. Verzweigungstechnik im Fernmelde- und Datenbereich,
- Gestellen zur Aufnahme von Verteilungseinrichtungen und der
- Fertigung von modernen Fernsprechkäuschen.



Meißner Dom

Das Fernmeldewerk Bautzen der Philips Kommunikations Industrie AG

ist eine moderne Fertigungsstätte für digitale Übertragungstechnik. Es gibt zwei Standorte in Bautzen:

- Werk 1: Gerätefertigung, Endprüfung und Verkauf
- Werk 2: Vorfertigung von elektrischen und mechanischen Teilen

Etwa 500 Beschäftigte fertigen digitale Übertragungssysteme für Kupfer- und Glasfaserkabel mit einer Übertragungsbirrate von 2 bis 140 Mbit/s für einen weltweiten Markt. Die Produktionslinien sind mit modernster High-Tech-Ausrüstung und Meßtechnik ausgestattet.



Künstlerische Kleinodien in der Innenstadt

Die Siemens AG Bereich Private Kommunikationssysteme

betreibt in Leipzig eine Fertigungsstätte für Systeme und Komponenten. In früheren Jahren wurden in dem Leipziger Werk Einrichtungen der Weitverkehrsübertragungstechnik und der digitalen Vermittlungstechnik entwickelt und produziert.

Nach der Übernahme modernisierte die Siemens AG den Betrieb grundlegend. Heute erfüllen etwa 450 Beschäftigte folgende Aufgaben:

- High-Tech-Fertigung von Geräten und Baugruppen der öffentlichen Vermittlungstechnik
- High-Tech-Fertigung von kleinen Nebenstellenanlagen der Produktfamilie Hicom 100
- Als Centre of Competence für Stromversorgungsgeräte-Entwicklung und Produktion verschiedener Typen von Stromversorgungseinrichtungen
- Hardware- und Softwareentwicklung von Einrichtungen der digitalen Übertragungstechnik.

Die Deutsche Bundespost Telekom

nimmt beim Einsatz der Glasfasertechnik im Ortsanschlußleitungsnetz (Zugangsnetz) eine führende Position in der Welt ein.

Der Neuaufbau der Telekommunikationsinfrastruktur in Ost-Deutschland bietet hervorragende wirtschaftlich-technische Randbedingungen für einen forcierten Aufbau eines Optischen Passiven Anschluß-Leitungsnetzes (OPAL). Vom Optical Line Termination (OLT), dem vermittlungsseitigen Abschluß des Glasfasernetzes in einer digitalen Vermittlungsstelle, erstreckt sich das Passive Optical Network (PON) bis zum Abschluß des optischen Netzes, welcher sich in der Regel im Gebäude des Kunden befindet (Fiber to the Home).

In den Jahren 1993 und 1994 werden in Dresden und Umgebung 100.000 Wohn- bzw. Geschäftseinheiten mit der neuen Technik versorgt. Eines der größten Netze mit 20.000 Telefonanschlüssen wird in Dresdens Stadtteil Cotta errichtet.

Alle Teilnehmer können je nach Interessenlage aus dem vorgenannten Programm wählen. Die Organisation hofft, alle Wünsche erfüllen zu können - muß aber zur Not auf Zweit- und Drittwünsche eingehen. Wir sind überzeugt, daß alle Exkursionen einen guten Einblick in die reale Situation geben.



Begleitprogramm

Stadtführung (29.08.94)

Wer eine Stadt kennen lernen will, muß zu Fuß gehen. Schloß, Semper Oper, Frauenkirche, Zwinger und andere Sehenswürdigkeiten wollen wir unseren Gästen zeigen und die Geschichte der Stadt, die sich zu Recht Elb-Florenz nennt, erläutern.



Schloß Moritzburg

Moritzburg und Meißen (30.08.94)

Wälder, Wasser und Wiesen bestimmen das Landschaftsbild rings um die Moritzburg. Das Jagdschloß, unter August dem Starken, zwischen 1723 und 1730 erbaut, ist ein barockes Kunstwerk in landschaftlicher Harmonie.

Die Stadt Meißen mit heute 35.000 Einwohnern kann auf eine 1.000jährige Geschichte zurückblicken. Die Albrechtsburg und der Dom sind Zeugen deutscher Reichs- und sächsischer Landesgeschichte. Unter dem Zeichen der blauen Schwerter gilt Meißener Porzellan seit der Mitte des 18. Jahrhunderts als Inbegriff kostbarer Schöpfungen aus weißem Gold.



Schloß Pillnitz

Pillnitz und Bastei (01.09.94)

Harmonisch in die Landschaft eingebettet, liegt am Rande der Stadt Dresden Schloß Pillnitz. Besondere Aufmerksamkeit verdient der Park um Schloß Pillnitz, der zum Teil in den strengen Formen des Barock und ande-

rerseits als englischer Landschaftsgarten gestaltet ist.

Romantik ganz anderer Art vermittelt die wildzerklüftete Felsenwand des Naturschutzparks Sächsische Schweiz. Die Bastei gibt einen herrlichen Einblick in die Landschaft.

Museumsbesuch (02.09.94)

Dresden bietet seinen Besuchern sehr viel an Kunst und Kultur. Unseren Gästen wollen wir drei Museen zur Wahl anbieten:

- die Gemäldegalerie alter Meister,
- die Porzellansammlung und
- das Grüne Gewölbe, eine wahre Schatzkammer.

Natürlich steht es allen Teilnehmern frei, je nach Interessenlage alle anderen

Museen zu besuchen, dafür haben wir extra am Mittwoch einen programmfreien Tag eingelegt.

Die FITCE erweist sich zunehmend als eine europäische Plattform für Telekommunikationsexperten und Manager aus den verschiedensten Bereichen: der Regulierer, der Hersteller von Hard- und Software, der Netzbetreiber und auch der europäischen Normungsgremien. Wir erwarten interessante interdisziplinäre Diskussionen und würden uns freuen, wenn sowohl erfahrene Experten als auch junge Manager und Ingenieure an der Tagung teilnehmen würden.

Dresden erwartet Sie!

33. Europäische Fernmeldetage - Dresden - 29. August bis 3. September 1994

Tagungsprogramm	Mo. 29.08.	Di. 30.08.	Mi. 31.08.	Do. 01.09.	Fr. 02.09.	Sa. 03.09.
09.00 -						
10.00 -		Hilton Konferenz 5 Vorträge	Hilton Konferenz 5 Vorträge	techn. Exkursion	Hilton Konferenz 5 Vorträge	
11.00 -	Eröffnungssitzung Kulturpalast	Hilton Workshop I	Hilton Workshop II	SEL Rochlitz PKI Bautzen ANT Radeberg MNT Meißen	Hilton Workshop III	Generalversammlung Hilton
12.00 -	Empfang Kulturpalast	VIP Essen	business-lunch	Siemens Leipzig Telekom Dresden Cotta	business-lunch	Abschiedsparty Hilton
13.00 -						
14.00 -						
15.00 -	Konferenz Hilton 5 Vorträge	Konferenz Hilton 5 Vorträge	Konferenz Hilton 5 Vorträge		Konferenz Hilton 5 Vorträge	
16.00 -				16.00 ab Königstein		
17.00 -				Schiffsfahrt		
18.00 -				Kaffee und Kuchen		
19.00 -				Getränke		
	Begrüßungsabend Ratskeller		Oper-Konzert	19.30 an Dresden	Ballabend Hilton	
Begleitprogramm vormittags	Allgemeinprogramm	9.00 ab Kulturpalast Moritzburg/Meißen Rückkehr 17.00	frei	9.00 ab Kulturpalast Pillnitz/Bastei 16.00 ab Königstein Schiffsfahrt	10.00-12.00 Museum ab Kulturpalast	
nachmittags	15.00-17.00 Stadtführung ab Kulturpalast					

33. Europäische Fernmeldetage
Dresden 29.08.-03.09.1994 - Hotel Hilton

ANMELDUNG

Bitte senden an:

FITCE-Gruppe Deutschland
Dipl.-Ing. Werner Hufnagel
Mittermayerweg 43
63289 Darmstadt

Fax: 06151/837530

Funktion/Titel

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Stadt.....

Telefon..... Telefax.....

Mitglied Nichtmitglied

begleitet von Person(en)
möchte(n) am Kongreß teilnehmen.

Unterschrift:.....

Kongreßgebühren:

Mitglied/Begleitperson 200 DM/160 DM
Nichtmitglied/Begleitperson 400 DM/320 DM

Bitte bezahlen an: FITCE-Gruppe Deutschland
Kontonummer 34 2000-608, Postbank Ffm

Am Donnerstag (01.09.) stehen folgende technische Exkursionen zur Wahl:

- Alcate/SEL, Rochlitz, Leiterplattentechnik
 ANT, Radeberg, Multiplexgeräte
 MNT, Meißen, Fernmeldeausrüstungen
 PKI, Bautzen, Übertragungstechnik
 Siemens, Leipzig, Übertragungstechnik,
Vermittlungstechnik
 Telekom, Dresden/Cotta, Glasfaser im Ortsnetz

Bitte treffen Sie Ihre Wahl mit Prioritäten (1, 2, 3).

ANMELDESCHLUSS 15.05.1994

33. Europäische Fernmeldetage
Dresden 29.08.-03.09.1994

HOTELRESERVIERUNG

Bitte senden Sie diese Vorlage als Fax direkt oder über die VHP an:

Reisebüro Schnellbach Fax (0 61 28) 8 65 58
Mainzer Allee 19 Tel. (0 61 28) 8 40 44
D-65232 Taunusstein-Wachen

Name..... Vorname.....

Straße

PLZ..... Stadt.....

Telefon..... Fax.....

Ankunft in Dresden am..... um..... Uhr

mit Flugzeug - Flugnummer.....

mit Zug/Auto

Garage benötigt

Abreise am.....

Ich bitte um Reservierung für Nächte nach Möglichkeit in folgendem Hotel:

Hilton	<input type="checkbox"/> DZ 280 DM/Nacht	<input type="checkbox"/> EZ 250 DM/Nacht
Mercure/Newa	<input type="checkbox"/> DZ 205 DM/Nacht	<input type="checkbox"/> EZ 180 DM/Nacht
Königstein	<input type="checkbox"/> DZ 180 DM/Nacht	<input type="checkbox"/> EZ 150 DM/Nacht
Lilienstein	<input type="checkbox"/> DZ 180 DM/Nacht	<input type="checkbox"/> EZ 150 DM/Nacht
Bastei	<input type="checkbox"/> DZ 180 DM/Nacht	<input type="checkbox"/> EZ 150 DM/Nacht

Alle Preise sind reduziert und gelten nur bei Buchung über das Reisebüro Schnellbach.
Das Reisebüro reserviert für Sie auch Flugreisen und Hotelgaragen.

Unterschrift.....

Die Unternehmen der DBP im Spannungsfeld wirtschaftlicher Verwerfungen

Dr. Otfried Brauns-Packenius,
Beauftragter für FEFAS

Als ich in den sechziger Jahren zur Beratung der Luftpostverwaltung nach Kolumbien entsandt wurde und dem deutschen Botschafter in Bogota meine Aufwartung machte, fragte mich dieser: »Soll ich zu dem Gespräch den Attaché für Kultur oder den Attaché für Wirtschaft zuziehen?« Ich antwortete: »Den Attaché für Kultur«. Heute würde ich antworten: »Den Attaché für Wirtschaft«.

So ändern sich die Zeiten.

Wollte ich mich jetzt darüber auslassen, in wie weit die Unternehmen der Deutschen Bundespost einen Faktor im wirtschaftlichen Geschehen darstellen, hieße das Eulen nach Athen tragen.

Eine andere Frage ist es, auf welche gesamtwirtschaftlichen Gegebenheiten sich die Unternehmen der DBP jetzt, am Ende des deutschen Wirtschaftswunders, einstellen müssen.

Da die gegenwärtige Krise nicht über Nacht entstanden ist, sondern sich im Grunde allmählich entwickelt hat, sollen einige typische Aspekte ihrer Entstehung aufgezeigt werden.

Aus dem Zustand, der sich daraus ergibt, soll dann abgeleitet werden, wie es möglicherweise weitergehen kann. Schließlich ist die Zukunft das, was am meisten interessiert.

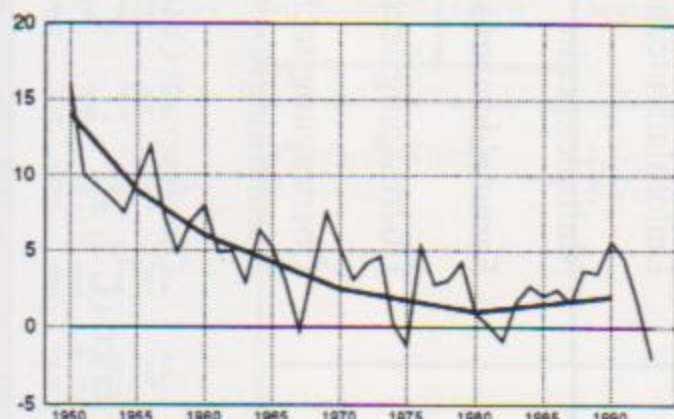


Bild 1: Steigerung des Bruttosozialprodukts in Prozentsätzen

Zunächst also die Darstellung anhand von statistischen Beobachtungen, wie sich das Wirtschaftswunder langsam verflüchtigt hat.

Im Jahre 1950 wuchs das Bruttosozialprodukt um 15%. Dieser Prozentsatz ist seitdem kontinuierlich gesunken und schwankt um 0%. Auf das Schaubild 1 nehme ich Bezug.

Die Arbeitslosigkeit lag 1950 bei 11%. Sie ist dann ständig gesunken und hat ihren tiefsten Stand um 1965 erreicht. Seitdem ist sie nur noch gestiegen und liegt heute bei 8%. Siehe Schaubild 2.

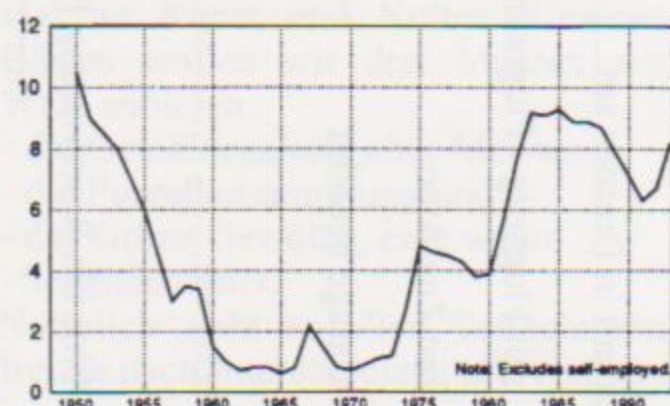


Bild 2: Arbeitslosigkeit in Prozentsätzen

Die Folgen dieser Veränderungen für den Wohlstand wurden etwas abgemildert durch die Tatsache, daß der Export, gemessen am Bruttosozialprodukt, von 4% im Jahre 1950 auf 30% im Jahre 1985 anstieg und seitdem nur leicht gesunken ist. Siehe Schaubild 3.



Bild 3: Warenexport in Prozentsätzen des Bruttosozialprodukts

Der steigende Export und die damit verbundenen Überschüsse fanden überall Beachtung. Es wurde übersehen, daß das industrielle Wachstum hierzulande spätestens ab 1970 nicht größer war als beispielsweise das in Frankreich; unser Nachbar hatte durch eine Wirtschaftspolitik, die der deutschen in vieler Hinsicht entsprach, merklich aufgeholt.

Die starke und einseitige Ausrichtung auf die Industrie – manche Autoren sprechen von Überindustrialisierung – war zunächst Deutschlands Stärke, später aber auch eine Schwäche, denn andere Bereiche wie Banken, Versicherungen, Transporte, Dienstleistungen und schließlich die Forschung haben sich bei uns nicht so stark weiterentwickelt wie in anderen Ländern, vornehmlich den USA. Hohe Kosten haben die allgemeine Entfaltung zusätzlich verlangsamt. Dies wird deutlich, wenn man im Schaubild 4 die ständige Verringerung der Investitionsquote betrachtet.

Die Behandlung einzelner Aspekte soll abgeschlossen werden mit dem Hinweis auf 3 Umstände, die hinreichend bekannt sind; es handelt sich um die Belastungen durch die Wiedervereinigung, den Wegfall der östlichen Märkte und das Entstehen von Billiglohnländern vor unserer Haustür im Osten.

Wie mag es nun weitergehen?

Hier gibt es Gründe sowohl für eine pessimistische als auch eine optimistische Beurteilung. Beginnen wir mit den vier negativen Überlegungen.

Da ist erstens die Sorge, daß die neuen Bundesländer im Sinne einer unterentwickelten Region weiterhin eine schwere Belastung darstellen, die den Fortschritt hemmt.

Daß diese Belastung existiert, ist augenscheinlich. Die wichtigere Frage ist, ob diese Bürde in der Zukunft schwerer oder leichter wird.

Vermutlich wird sie in einigen Jahren leichter werden, denn es ist nicht angebracht, die neuen Bundesländer mit einem Entwicklungsland der Dritten Welt gleichzustellen. Das östliche Deutschland war vor dem zweiten Weltkrieg in jeder Weise auf der Höhe seiner Zeit und es ist daher zu erwarten, daß es diesen Stand wieder erreicht.



Die zweite Sorge ist, daß die deutschen Exporte zur Zeit rückläufig sind und wegen geringerer Fähigkeit zum Wettbewerb weiter zurückgehen werden. Dem ist entgegenzuhalten, daß der Welthandel insgesamt wächst und nach dem erfolgreichen Abschluß der GATT-Gespräche weiter wachsen wird. Der Rückgang der Exporte ist zum Teil auch zyklisch bedingt und nach Anpassungsmaßnahmen, die bereits ergriffen werden, wird er wieder steigen.

Die dritte Sorge ergibt sich aus der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung. Stichwort: Wenig Kinder, viele Rentner.

Dazu ist festzustellen, daß eine vernünftige Einwanderungspolitik, die zur Zeit nicht existiert, ein Regulativ bilden könnte. Auch ist nicht gesagt, daß die Geburtenrate weiterhin so niedrig bleiben wird wie bisher. In Skandinavien, wo die Verhältnisse ähnlich sind, steigt sie wieder.

Es gibt darüberhinaus Möglichkeiten der Anpassung wie Verlängerung der Lebensarbeitszeit und Umstellung der Altersversorgung auf ein kapitalgestütztes System, das von der nachfolgenden Generation unabhängig ist.

Die vierte Sorge schließlich ist die Befürchtung, technologisch den Anschluß zu verpassen. Dies ist ein hausgemachtes Problem, das durch entsprechendes Gegensteuern auch von uns selbst gelöst werden kann.



Vier Gründe, die Zukunft optimistisch zu betrachten

Nun gibt es aber auch vier Gründe, die Zukunft optimistisch zu betrachten. Zunächst ist festzustellen, daß die gegenwärtige Rezession zwar die schwerste in der deutschen Nachkriegsgeschichte ist, aber nach 10 Jahren wirtschaftlichen Wachstums erfolgt. Der Vereinigungs-Boom hat zudem zu einem außerordentlichen Höhenflug geführt, der nicht beibehalten werden

konnte.

Die gegenwärtige Krise ist also zum Teil auch Normalisierung. Es bleibt der Teil der Krise, der zyklisch bedingt ist und schließlich der Teil, der strukturelle Gründe hat. All dies ist nicht unabänderlich und kann sich daher zum Besseren wenden. Allerdings ist der Weg sicherlich schwierig und langwierig.

Der zweite Grund für Optimismus liegt in der Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes. Dadurch werden die Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung eindeutig verbessert. Um diese Chancen wahrzunehmen, ist allerdings eine Anpassungsperiode zu bewältigen.

Der dritte Grund ergibt sich aus dem Umstand, daß die Märkte im östlichen Europa wieder erstehen werden. In den Zeiten der kommunistischen Planwirtschaft war der Handel mit Ländern, die diese Wirtschaftsform hatten, zwar vorhanden, aber nur schwach ausgeprägt. Er lag für Westdeutschland bei 3 bis 4% des gesamten Exportvolumens. Nach dem Untergang des Kommunismus in dieser Region brach der Handel völlig weg.

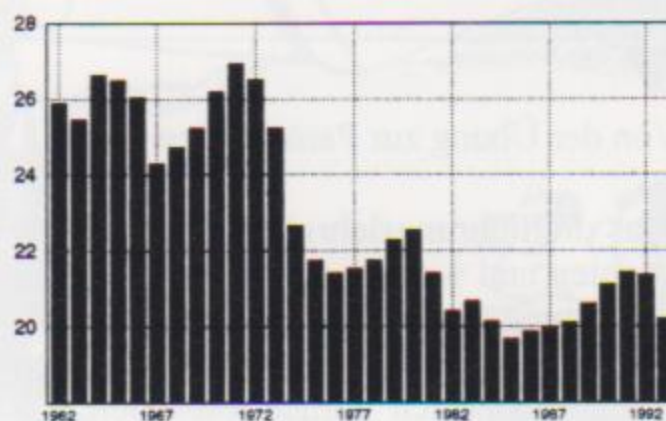


Bild 4: Investitionen in Prozentsätzen des Bruttosozialprodukts

Vor dem zweiten Weltkrieg gingen 17% des deutschen Exports in Richtung Ost-europa. Dieses Niveau läßt sich auf mittlere Sicht wahrscheinlich wieder erreichen. Jedenfalls sind die Aussichten auf eine erhebliche Verbesserung dieser Handelsbeziehungen gerade für Deutschland besonders gut.

Der vierte Grund, optimistisch zu sein,

ergibt sich aus der bevorstehenden Veränderung in der Verfassung des Arbeitsmarktes.

Die Löhne und die Arbeitsbedingungen werden für das ganz Land ausgehandelt, wobei sich mächtige Verbände der Tarifpartner gegenüberstehen. Dies hat zum sozialen Frieden beigetragen, solange die Zeiten gut waren und es aufwärts ging. Der Nachteil des Systems besteht darin, daß es schwerfällig ist und weder auf die Bedürfnisse einzelner Regionen noch gar auf spezielle Verhältnisse einzelner – meist mittelständiger – Betriebe Rücksicht nimmt. Maßstab für Abschlüsse sind stets die großen Unternehmen, die auch übermäßige Anhebungen der Löhne noch am ehesten verkraften können.

In schlechten Zeiten ist das System wohl kaum noch zu halten. Jedenfalls verlieren in diesen Monaten sowohl die Arbeitgeberverbände als auch die Gewerkschaften zahlreiche Mitglieder. Die Lohnexplosion in den neuen Bundesländern war einer der auslösenden Faktoren.

Es ist zu erwarten, daß die Unternehmer mit ihren jeweiligen Betriebsräten sowohl Löhne als auch andere Bedingungen wie Arbeitszeiten so regeln, daß es der einzelne Betrieb verkraften kann. Die positive Folge wird sein, daß erhebliche Entlassungen vermieden werden und möglicherweise im Einzelfall ein Konkurs abgewendet werden kann.

Der Arbeitsmarkt als Quelle wirtschaftlicher Probleme wird also in Zukunft weniger bedeutsam sein.

Abschließend und als Endergebnis aller Betrachtungen, die in diesem Aufsatz angestellt wurden, läßt sich sagen, daß nach einer kurzfristigen Periode bedrückender Verhältnisse bereits mittelfristig mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Deutschland gerechnet werden kann.

Das bedeutet für die Unternehmen der Deutschen Bundespost, nach Abschluß der laufenden internen Veränderungen in einem Umfeld wirken zu können, das eine positive Entwicklung ermöglicht.

Manager im Windkanal

Das Weltbild der Personaltester

Dr. Frieder Lauxmann,
Postamt Karlsruhe

AC und PES als nützliche Mode?

Assessment Centers sind seit einigen Jahren auch in der deutschen Wirtschaft groß in Mode; warum sollten da die Postunternehmen beiseite stehen? Die Vorstellung, man könne in einigen Stunden oder Tagen Bewerber um Neueinstellung oder schon seit Jahren tätige Manager, die noch Karriere machen wollen, im Angesicht ihrer Vorgesetzten so testen, daß sich eine brauchbare Aussage über ihre gesamte Eignung und Befähigung, also, modern gesprochen, über ihr Managementpotential ermöglichen läßt, hat etwas Bestechendes. Daß es dabei für die derart Getesteten immer wieder zu unliebsamen, ernüchternden Überraschungen kommen kann, kommen muß, liegt auf der Hand. Mancher hält sich für besser als er ist.

Trotzdem bleiben da einige Fragen, die sich dem stellen, der die Verfahrensweise, die Testmethoden und vor allem die (undurchschaubare) Bewertung kennengelernt und die Erfahrungen einiger derart »gePESteten« zur Kenntnis genommen hat. Welches Interesse hat ein Unternehmen daran, einem großen Teil seiner erfahrenen und in vieler Hinsicht erfolgreichen Manager zu bescheinigen, ihr sogenanntes »Managementpotential« (was ist das eigentlich?) sei nur in Ansätzen, also im Klartext formuliert, nicht zu erkennen? Ist dies eine geeignete Art und Weise deren (angeblich minderwertige) Befähigung zu verbessern? Ist eine von vielen als verletzend empfundene Pauschalaussage eine Methode, für überflüssig gehaltene Kräfte zur Resignation zu bringen? Oder handelt es sich, wie jemand einmal sagte, hier um »institutionalisierte Arroganz«? Derart harte Fragen werden immer wieder gestellt (natürlich wohl kaum im Auswertungsgespräch sondern erst hinterher), so daß es sich wohl lohnt, den Grundlagen und dem Menschenbild solcher Testseminare ein-

mal nachzuspüren.

Die »Personalentwicklungsseminare« (PES), mit denen Führungskräfte des Postdienstes in ca. zwei Tagen getestet werden, könnten eigentlich eine nützliche Angelegenheit sein. Die dort angewandten Übungen sind für sich gesehen recht harmlos. Es handelt sich dabei um Rollenspiele und um stilisierte Fälle und Aufgaben aus dem Wirtschaftsleben, wie sie auch in der Bundesrepublik zu Beginn der siebziger Jahre bei Managementseminaren und in Führungslehrgängen in Mode gekommen sind. Diese Übungen sind nützliche Wege zur Versachlichung von Entscheidungen im geschäftlichen Alltag. Auch bei der Post wurden solche Fälle und Übungen in Managementseminaren, überwiegend von »posteigenen« Trainern mit Erfolg durchgeführt. Eine ganze Generation von Führungskräften wurde bei der Post etwa zwischen 1972 und 1982 durch derartige Führunglehrgänge geschleust. Ihr (natürlich nicht meßbarer) Erfolg bestand darin, daß die Zusammenarbeit bei der DBP über alle Ebenen hinweg sachlicher und reibungsloser funktionierte als zuvor, wenn auch längst nicht alle Schwierigkeiten behoben werden konnten.

Von der Übung zur Pauschalbewertung

Was die Führungslehrgänge nicht bieten konnten und wollten, war eine pauschale Bewertung der dort erkennbaren Leistungen. Gute Lehrgangleiter und Dozenten konnten natürlich immer feststellen, wo die Stärken und Schwächen der Teilnehmer lagen, darüber wurde aber nie den Dienstvorgesetzten berichtet. Solche Bewertungen hätten dem damals bei der Post noch gültigen Menschenbild widersprochen, das nach Art. 2 des Grundgesetzes die freie Entfaltung der Persönlichkeit auch im Berufsleben respektierte. Jeder sollte mit seinen individuellen Fähigkeiten auf seine Weise zum Erfolg der Unternehmensziele beitragen. Der Respekt vor den unterschiedlichen Eigenschaften einer Persönlichkeit und der Geist der Toleranz standen unausgespro-

chen im Vordergrund. Eines sollten die Lehrgänge allerdings bewirken: Jeder sollte in Gruppenarbeiten und Rollenspielen sich selbst beobachten und anhand des Verhaltens anderer bewerten können. Die ggf. erforderliche Verhaltensänderung mußte jeder in eigener Verantwortung vollbringen, sofern er dazu in der Lage war.

Wenn die damals überwiegend von Praktikern erarbeiteten Tests und Übungen nunmehr unter dem Etikett »wissenschaftlicher« Objektivität als Mittel einer Gesamtbewertung der Persönlichkeit in Gegenwart von Vorgesetzten eingesetzt werden, dann verlieren sie ihre Harmlosigkeit. Für die objektivierete Auswertung von menschlichen Verhaltensweisen, wozu auch derartige Tests und Befragungen gehören, gibt es tatsächlich eine wissenschaftliche Grundlage. Nach traditioneller Ethik ist die »Psyche« eines Menschen zwar beobachtbar, es können aus diesen Beobachtungen auch Erfahrungen abgeleitet werden. Da aber jeder Mensch ein Individuum ist, können solche Erfahrungen nur ansatzweise und höchst unvollkommen objektiviert werden. So verstanden gibt es zwar eine Lehre von der Seele (Psychologie), aber keine naturwissenschaftlichen Ansprüchen genügende Verwertbarkeit objektiver Kriterien. Es gibt (oder gab) zwar eine Geometrie, aber keine brauchbare »Psychometrie«.

Die wissenschaftlichen Grundlagen

Im Rahmen der Fortentwicklung einer all- und übermächtigen Naturwissenschaft entwickelte sich, von Amerika ausgehend, zunächst unter der Führung von John B. Watson (1878-1950) und Edward Lee Thorndike (1874-1949) eine Richtung der Psychologie, die versucht, subjektive Einflüsse und Überlagerungen bei der Beobachtung menschlichen Verhaltens möglichst auszuschließen und nur solche Reaktionen von Menschen (und Tieren) auszuwerten und zu beschreiben, die sich unter ähnlichen Bedingungen

wiederholen und somit auch statistisch erfassen lassen. Diese Lehre, die als »Behaviorismus« bezeichnet wird, hat den großen Vorteil, daß ihre Ergebnisse den Mantel der Objektivität tragen können und ihre statistischen Werte sich in mathematischen Methoden mit Hilfe der EDV verarbeiten lassen. Aus der einst nur den Geisteswissenschaften zugänglichen Psyche wurde ein Objekt naturwissenschaftlicher Forschung. Die Selbstbeobachtung und -wertung bleibt bei dieser Methode außer Betracht. Die so verstandene Psychologie ist gezwungen, sich auf Reize und Reaktionen zu beschränken, bei denen eine zahlenmäßige Erfassbarkeit vermutet werden kann. Daß der Mensch bei dieser Art der Forschung auf ein kümmerliches Reiz-Reaktions-Modell reduziert wird, bei dem seine eigentlichen Werte, seine Individualität, seine seelischen Hinter- und Abgründe völlig unberücksichtigt bleiben müssen, wird von kritischen Psychologen zwar immer wieder gesehen, sie können sich aber im derzeitigen (Natur-) Wissenschaftsbetrieb und gegen die Allmacht der computerhörigen Forscher kaum durchsetzen. Das ungelöste und unlösbare Problem einer derart naturwissenschaftlich verstandenen Psychologie ist die Tatsache, daß menschliches Verhalten überwiegend nicht unmittelbar gemessen werden kann (wie z. B. der Blutdruck und die Blutfettwerte), sondern daß zwischen Verhalten und Dateneingabe eine mehr oder weniger subjektive Bewertung durch eine beobachtende Person eingeschaltet ist. Unerkennbare Einflüsse durch die beobachtende Person und die am Experiment beteiligte Gruppe führen zu Störungen, die das Ergebnis mitunter so stark verfälschen, daß es unbrauchbar wird.

Reaktionen gegen eine auf derart fragwürdiger Grundlage bauende Psychologie kommen bezeichnenderweise auch wieder aus Amerika, weil in Deutschland

die Neigung vieler Wissenschaftler zu Mitläufer- und Anpassertum Tradition hat. Ohne diese Art von angepaßtem Funktionieren wären in Deutschland weder Hitler noch Ulbricht »erfolgreich« gewesen. Das Nachhinken Deutschlands in seiner postkulturellen Phase zeigt sich in zahllosen Symptomen. Eines davon ist die Einführung von inzwischen schon etwas angestaubten mechanistisch-psychologischen Methoden als Mittel der Personalsteuerung. Der Begriff »Wissenschaftliche Personalsysteme« ist bezeichnend. Der Versuch, den Menschen auf ein

höchst subjektive Angelegenheit und keineswegs wissenschaftlich überprüfbar. Ein Psychologe erklärte das einmal so: Jemand hat bei Nacht seinen Autoschlüssel verloren. Er sucht immer unter der Laterne. Da fragt ihn einer: »Bist du sicher, daß du ihn gerade unter der Laterne verloren hast?« »Nein«, antwortet der Sucher, »aber da drüben ist es so dunkel, da finde ich ihn erst recht nicht«.

Die Auswahl der Verhaltensmuster



reaktives und programmierbares Wesen zu reduzieren, hat sich längst als wirkungslos erwiesen. Die so verstandene »wissenschaftliche« Psychologie kann nur wenige Teilbereiche des Menschen auswerten. Alles andere, das eigentlich Wesentliche muß sie außer acht lassen. Die Auswahl der relevanten (also angeblich brauchbaren) Kriterien ist eine

Assessment Centers, Personalentwicklungsseminare und ähnliches sind der Versuch, die Eignung von Menschen für Führungsaufgaben anhand subjektiv vorgegebener Kriterien objektiv zu »messen«. Obwohl dies natürlich ein Widerspruch in sich ist, rührt von daher der wissenschaftliche Anspruch für eine Tätigkeit, die früher »laienhaft« intuitiv, aufgrund menschlicher Erfahrung durchgeführt wurde. Der so vermessene und beurteilte Mensch muß es sich gefallen lassen, daß er auf wenige im Verfahren als wesentlich erachtete Eigenschaften und Verhaltensmuster reduziert wird. Der Auftraggeber oder der Bewerter kann vorgeben, welche Eigenschaften (von den meßbaren) er für wesentlich hält und welche nicht. Mit anderen Worten, der Auftraggeber legt seine (natürlich subjektiven) Maßstäbe an die Kandidaten an, versucht diese aber möglichst gleichmäßig anzuwenden, was natürlich nie gelingen kann. Diese Methode hat zur Folge, daß sie, wenn sie über längere Zeit konsequent angewandt wird und dementsprechend die Kandidatenauswahl erfolgt, innerhalb eines Unternehmens zu mehr oder weniger einheitlichen Menschentypen und Verhaltensmustern führt. Dies mag manchem als Vorteil erscheinen, es hat aber alles in allem mehr Nachteile.

Ein Unternehmen, das einen einheitli-



Manager im Windkanal

Das Weltbild der Personaltester

chen Menschentyp anstrebt, einen Menschentyp, der den vorgegebenen Verhaltensnormen optimal entspricht, kann daraus vorübergehend einen Nutzen ziehen, der darin besteht, daß normierbare Aufgaben auf einheitliche Weise im Sinne der Unternehmensleitung rasch und geräuschlos erledigt werden. Der Typ des gut funktionierenden Erledigers, Vollziehers, Machers, der nicht nach Hinter- und Abgründen fragt, der nur unkritisch nach oben sieht, hat einen evolutionären Vorteil in einer solchen Hierarchie.

Die Erkenntnis eines solchen Vorteils ist aber nicht neu. Er wurde auf im Prinzip ähnliche, aber oft wenig human erscheinende Weise von totalitären Staaten, Militärdiktaturen und Sekten, also im weitesten Sinn faschistoiden Organisationen immer wieder genutzt. Selbstverständlich halten die Erfolge nicht an. Jede Organisation, die mit zu stark angepaßten Menschen umgeht und diese Anpassung fortgesetzt verlangt, geht zwei extreme Risiken ein: entweder es bildet sich ein revolutionäres Potential oder das menschliche Engagement der Mitarbeiter verkümmert mit der Folge, daß das Unternehmen durch Lethargie und Führungslosigkeit seiner Mitarbeiter zugrundegeht.

Die eigentliche Ursache dieser Probleme ist der Mensch als Individuum, als unteilbare Einheit, mit widersprüchlichen, unvollkommenen Eigenheiten, mit seiner Neigung zu Wechselhaftigkeit und Inkonsequenz. Ab einem gewissen Niveau hat jeder Mensch »Ecken und Kanten«. Diese Eigenschaften stören im »Windkanal«, aber ihnen verdankt die Gesellschaft ihre Probleme, ihre Fortschritte, ihre Krisen und Erfolge, kurz gesagt, ihr Leben und Überleben. Ihre Grundlage ist der Mensch mit seiner unantastbaren Würde. Alle Methoden, ihn während der Arbeitszeit in ein Schema zu pressen und ihm im übrigen außerhalb der beruflichen Anforderungen in der Freizeit seine Individualität zu lassen, versuchen den Menschen zu zerteilen, ihm seinen eigentlichen Gestaltungstrieb

für die wichtigsten Aufgaben zu nehmen. Der Mensch kann sich auch im Beruf nur entfalten, wenn man ihn im Rahmen seiner Aufgaben Mensch sein läßt, wenn man ihn mit all seinen verschiedenen Eigenschaften als Ganzes respektiert. Nur dann können Zusammenarbeit, Kreativität und Fortschritt gelingen, wenn sich jeder auf seine Weise einbringen kann. Daß nicht jeder alles kann und daß es unterschiedliche Grade der Befähigung gibt, ist eine Selbstverständlichkeit. Wertaussagen über einen Menschen sind immer ein heikles Thema. Auch wenn es nicht ohne sie geht, kommt es immer darauf an, wie sie zustandekommen und worauf sie sich erstrecken. Nicht ohne Grund schreiben die Beurteilungsrichtlinien vor, daß der Beurteiler dem Beurteilten mindestens sechs Monate vorgesetzt gewesen sein muß. Wenn eine solche auf langer Praxis beruhende Regelung durch die Hintertür abgeschafft wird, so stellt sich die Frage der Rechtmäßigkeit des neuen Zustandes.

Brauchbare und unbrauchbare Fähigkeiten?

Ein AC-Verfahren muß gerade die Eigenschaften eines Menschen unberücksichtigt lassen, die von der vorgegebenen Norm abweichen, die aber in ihrer Vielfalt erst ein Weg zum Erfolg wären. Eigenschaften wie Mut, Toleranz, Aufrichtigkeit, Standhaftigkeit, Verantwortungsbewußtsein, Kreativität, Herzensbildung, Kritikfähigkeit, Takt, Ausstrahlung, Humor, Weitsichtigkeit usw. erweisen sich bei einer Persönlichkeit erst im Lauf der Zeit, jedenfalls nicht in einer Blitzlichtaufnahme. Solche Eigenschaften lassen sich in genormten Tests niemals erkennen, obwohl auch sie Bestandteile eines wohl verstandenen Managementpotentials sind. Wer sie nicht besitzt, muß früher oder später scheitern, selbst wenn er im übrigen ein gut herausgetestetes Managementpotential besitzen mag. Es ist daher kein Wunder, wenn nur ein bestimmter Menschentyp, eben der vorgegebene, in solchen Verfahren begün-

stigt wird, alle anderen aber unter den Tisch fallen, womit allerdings nicht gesagt ist, daß erfolgreiche Test-Absolventen solche Eigenschaften nicht auch haben könnten. Idealtypen gibt es immer wieder. Behauptet wird hier nur, daß die erwähnten Eigenschaften trotz ihrer Bedeutung eben nicht gefragt sind. Mit hauchdünnen Tests können niemals Führung, intellektuelle Kapazität und soziale Kompetenz als solche gemessen werden, sondern nur die Bestandteile solcher Fähigkeiten, die in das vorgegebene Raster passen. Die Pauschalaussage über eine Persönlichkeit im Hinblick auf solche Eigenschaften insgesamt ist daher in höchstem Maße irreführend und man könnte sie geradezu menschenverachtend nennen, weil sie nicht den ganzen Menschen achtet aber so tut, als könne er mit drei Worten zusammenfassend bewertet werden. Sie fördert das Entstehen von menschlichen Einheitstypen, eine Idealvorstellung aller Diktaturen.

Das Gefährliche sind also nicht die Tests selbst, sondern die Pauschalaussagen (über intellektuelle Kapazität, soziale Kompetenz und Führung, zusammengefaßt als Management-Potential), da sie den Eindruck erwecken müssen, eine Persönlichkeit solle auf diese Weise insgesamt bewertet werden. Es gibt kein eindeutigeres Indiz für technokratisches Verhalten, als wenn man für Menschen Testnoten wie für Automobile ausgibt, selbst wenn man sich vorbehält, diese Noten bei Personalentscheidungen nicht als einziges Kriterium zu nehmen. Ein Unternehmen, das sich von solchen Methoden nicht wieder schleunigst distanziert, läuft Gefahr, daß es als abschreckendes Beispiel herhalten muß. Dabei wäre es doch so einfach, die Tests zu »retten«. Würde man lediglich neutrale Testnoten als Punkte vergeben, ohne eine Pauschalwertung, dann könnten diese als eine nützliche Information (neben wesentlicheren) bei Personalentscheidungen mit herangezogen werden, als Indiz z.B. für gute Nerven, Reaktionsgeschwindigkeit oder die Fähigkeit, sich rasch einen Überblick zu verschaffen.

**Alles
aus einer Hand**

**PSD -
Baufinanzierung**

**Wir Postler haben unsere Bank
zum Bauen, Wohnungskauf,
Modernisieren, Renovieren und
Umschulden.**

Denn dort gibt's die passende
Finanzierung. Zu günstigen Kondi-
tionen; auch mit Zinsfestschreibung.
Und schnell verfügbar. Damit aus
dem Traum vom Haus schon bald
das Traumhaus wird.

PSD

Post-Spar- und Darlehnsverein

*Bank für alle
bei der Post*

Es gibt viele gute Gründe Mitglied bei uns zu sein

**Als Postler kann
man wie jedermann
versichert sein.**

**Oder
wie ein Postler.**

Den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Post bietet die IDUNA/NOVA-Gruppe ein überzeugendes Konzept: Die VÖDAG-Spezialtarife. Das bedeutet für Sie: Sparen und dennoch voll versichert sein. Profitieren Sie von den umfassenden Leistungen der

IDUNA/NOVA, die schon aus Tradition dem öffentlichen Dienst verpflichtet ist. Man kann also an der Versicherung sparen. Man muß nur wissen wie. Informieren Sie sich deshalb über die günstigen Konditionen der IDUNA/NOVA.

IDUNA // NOVA
Aktiv im Rahmen Ihrer Ziele.

Versicherungen Altersvorsorge Bausparen Investment